

BOTSCHAFT VOM PRÄSIDENTEN

2017 jährt sich zum 60. Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge durch die sechs Gründungsstaaten Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland), Italien, Luxemburg und die Niederlande. Mit den Verträgen wurden die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft gegründet, die als Grundstein der Europäischen Union und ihrer Erweiterungen gelten.

Diese Ausgabe ist der Integration der Europäischen Union und dem Weg gewidmet, der uns an den Punkt geführt hat, an dem wir heute stehen. 60 Jahre danach und um 22 neue Mitgliedstaaten reicher ist die Europäische Union ein einzigartiges wirtschaftliches und politisches Bündnis, mit dem sich die Versöhnung Europas nach Jahrzehnten der Spaltung bestätigt. Am Vorabend des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Verträge hat der Rat von Pierre Uri, dem Verfasser des von Hans von der Groeben gegengelesenen gesamten Entwurfs der Römischen Verträge, nach wie vor Gültigkeit: „Immer, wenn ich ein Projekt vorantreiben kann, tue ich es. Ich bin überzeugt, dass Europa der einzige Entwurf ist, der unserer Welt und unserer Zeit angemessen ist.“

Um die Entwicklungen von den späten 1950er Jahren bis zum heutigen Tag und zu den aktuellen Herausforderungen nachzuvollziehen, haben wir uns an die wichtigsten Akteure auf der politischen Bühne Europas gewandt.

In dieser Ausgabe ist den Tätigkeiten des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM), darunter der Reise unserer Delegation von 7. bis 8. November in die Slowakei, das Land, das in der zweiten Jahreshälfte 2016 den EU-Ratsvorsitz innehatte, ein ganzer Abschnitt gewidmet. In die vorliegende Ausgabe wurden zwei Berichte von Jean-Paul Benoit und Michael McGowan aufgenommen. Ein großer Erfolg waren die jährlichen Veranstaltungen des Vereins am 30. November und am 1. Dezember: das jährliche Galadinner des VEM, zu dem Elmar Brok, damals Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, als Gastredner eingeladen war, und das jährliche Seminar des VEM, an dem Prof. Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, Paul Taylor, Redakteur des Magazins POLITICO, und Prof. Franklin Dehousse, ehemals Richter am Gericht der Europäischen Union (2003–2016) und Professor für Völkerrecht an der Universität Lüttich, sowie zahlreiche Studierende von unterschiedlichen Universitäten in ganz Belgien teilnahmen. In dieser Ausgabe finden Sie Berichte über unsere jährlichen Veranstaltungen.

Was unsere zukünftigen Veranstaltungen anbelangt, reist der VEM von 3. bis 4. April nach Malta, dem Land, das für die erste Jahreshälfte 2017 den Ratsvorsitz übernommen hat. Auf dem

Programm stehen Treffen mit hochrangigen Vertretern der maltesischen Behörden und maltesischer Organisationen.

Am 31. Mai findet unsere Generalversammlung statt, der am 30. Mai das Informationsseminar des Wissenschaftlichen Diensts des Europäischen Parlaments, ein Abendessen mit Diskussion und die jährliche Gedenkfeier vorangehen. Wir werden der Mitglieder und der ehemaligen Mitglieder gedenken, die 2016/2017 verstorben sind. Die Trauerrede wird der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und ehemalige Vorsitzende des Vereins José María Gil-Robles Gil-Delgado halten. Auf das dichte Nachmittagsprogramm folgt ein Abendessen mit Diskussion, in dessen Rahmen sich ausreichend Gelegenheit bietet, sich mit dem Hauptredner, S.E. Reinhard Silberberg, dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, über die derzeitige Agenda der EU zu unterhalten.

Schließlich führen wir das Programm „EP to Campus“ erfolgreich fort, mit dem Hochschulen Nutzen aus dem Fachwissen und den Erfahrungen ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments ziehen können, die ihr Wissen über die Arbeitsweise der EU-Institutionen in der Praxis und die Faktoren in der Beschlussfassung der EU weitergeben. Das vergangene Jahr zeichnete sich durch ein dichtes Programm aus, in dessen Rahmen unsere ehemaligen Mitglieder Hochschulen in ganz Europa besuchten und uns Berichte über ihre Besuche zukommen ließen.

Ich möchte all denjenigen danken, die zu dieser Ausgabe beigetragen und ihre Einblicke und Meinungen mit uns geteilt haben.

Ich freue mich darauf, möglichst viele von Ihnen auf der Reise nach Malta oder auf unserer jährlichen Zusammenkunft im Mai zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Enrique Barón Crespo

DIE RÖMISCHEN VERTRÄGE: 60 JAHRE DANACH

Am 25. März 1957 unterzeichneten die Vertreter der sechs Gründerstaaten unserer Union in Rom zwei Verträge: Durch den ersten Vertrag wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Schaffung eines umfassenden Raums der gemeinsamen Wirtschaftspolitik und durch den zweiten Vertrag die Europäische Atomgemeinschaft gegründet.

Dies war ein mutiger Beschluss und ein Schritt nach vorn auf dem Weg der Integration zur Überwindung der Krise (wann befanden wir uns in der EU eigentlich nicht in der Krise?) infolge der

gescheiterten Versuche, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine Europäische Politische Gemeinschaft zu errichten.

Vor zwanzig Jahren, damals war ich Präsident des Europäischen Parlaments, gedachten wir bei einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs jener Unterzeichnung auf dem Kapitol. In meiner Rede hielt ich folgende Worte für angebracht:

„Trotz der mannigfaltigen Krisen und zahlreichen Schwierigkeiten ist der in diesen vierzig Jahren zurückgelegte Weg wirklich beeindruckend...

Jedoch wäre es Selbstbetrug, wenn wir an diesem Jahrestag nur all das Positive der letzten Jahre hervorheben und über die Schwierigkeiten der Gegenwart und die Fragen der nahen Zukunft hinwegsehen würden... nicht alles in unserer Union ... ist Frieden und Wohlstand.

Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass eine Europäische Union, die die Probleme der Bevölkerung nicht zu lösen in der Lage ist, auch nicht auf deren Unterstützung zählen kann“.

Heute, zwanzig Jahre später, könnte ich diese Worte wiederholen: Die Europäer haben nach wie vor den Anspruch, dass die Union Frieden und Wohlstand bringt. In den letzten zehn Jahren wurden sehr wichtige Schritte auf dem Weg hin zu einem wirklichen Binnenraum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts unternommen, aber sie reichen nicht aus: Das Schengen-System muss perfektioniert und darf nicht abgeschafft werden, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit muss sogar noch ausgebaut werden, eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik und ein System für den gemeinsamen Schutz und die gemeinsame Verteidigung der Außengrenzen müssen festgelegt und umgesetzt werden.

Die Gewährleistung unseres Friedens setzt auch voraus, unsere Soft Power und die Mechanismen der Zusammenarbeit und Entwicklung, denen in unserer Außenpolitik so viel Gewicht eingeräumt wird, beizubehalten und auszubauen und diese Außenpolitik mittels einer intensivierten Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung zu stärken, wodurch eine wirkliche gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik etabliert werden kann.

Das Europa, das wir gemeinsam aufgebaut haben, ist wohlhabender, gerechter und solidarischer als das vor sechzig Jahren, jedoch können längst nicht alle Mitbürger ausnahmslos an diesen Errungenschaften teilhaben. Zweifelsohne müssen die zur Überwindung der Krise angenommenen Maßnahmen zur Sanierung der Haushalte, Banken und Finanzen konsolidiert werden, aber dies genügt nicht.

Dieser Binnenmarkt, dessen Anfänge bereits in das Jahr 1957 zurückreichen (und mit dem Staaten wie Norwegen, die Schweiz und nunmehr das Vereinigte Königreich flexibel assoziiert sind) muss vollendet werden, die Wirtschaft muss mit Initiativen wie dem Juncker-Plan wiederbelebt werden, Projekte, die für unsere Zukunft unabdingbar sind (Energienetze für Verkehr und

Kommunikation, Digitalisierung, FuE usw.), müssen angegangen werden, die Steuer auf Finanztransaktionen muss erhoben werden und die steuerpolitische Transparenz und Kohärenz müssen vorangebracht werden. Aber vor allem müssen Fortschritte beim sozialen und territorialen Zusammenhalt auf europäischer Ebene erzielt werden.

Dies wird uns gelingen, wenn wir als Verantwortliche – und Bürger – der Europäischen Union denselben Mut und dieselbe Weitsicht aufzubringen vermögen, wie die Unterzeichner der Römischen Verträge. Ich bin der Überzeugung, dass wir dazu in der Lage sind, und der Verein der ehemaligen Mitglieder wird weiterhin für dieses Ziel kämpfen.

Jose María Gil-Robles Gil-Delgado

INSTITUTION DER EUROPÄISCHEN UNION

Die europäische Integration steht an einem Wendepunkt, und ihre weitere Zukunft ist ungewisser denn je, ja nach meiner Einschätzung ist sie derzeit fast gar nicht vorhersehbar, wobei die weitere Entwicklung sehr stark von entscheidenden Debatten im Parlament in Straßburg abhängen wird, denn dort wird das supranationale Aufbauwerk, wie es die Pioniere der europäischen Einigung konzipiert haben, am deutlichsten sichtbar. Auch heute noch wird dort die authentischste Sprache Europas gesprochen, denn dort werden die Vorhaben und Entscheidungen angenommen, die nicht so sehr von nationalen Erwägungen geleitet sind wie im Rat oder leider auch in der Kommission. Tatsächlich sind auch erste Anzeichen einer echten Entschlossenheit vonseiten des Europäischen Parlaments zu erkennen, die Probleme der Europäischen Union lösen zu wollen, sowie scharfe Trennlinien und Möglichkeiten eines Einvernehmens vor allem zwischen den großen politischen Strömungen Europas zu erkennen.

Die eigentliche Frage ist aber, wird es dieser beispielhaften supranationalen Institution gelingen, sich jetzt und in den kommenden Monaten mit ihren Einschätzungen und Vorschlägen entscheidend Gehör zu verschaffen, in dem sie ihre Kraft für eine größtmögliche „parlamentarische Dimension“ einsetzt, wie sie sich immer mehr im Integrationsprozess herausgebildet hat? Dieser Begriff ist von großer Bedeutung. Andrea Manzella hat in großem Maße dazu beigetragen, dies ausreichend zu belegen und zu begründen, als im November 2001 in Brüssel eigens eine Konferenz zur „parlamentarischen Dimension“ der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stattfand. Auf der Grundlage dieses Begriffs der klar und deutlich eine Einbeziehung der nationalen Parlamente an der Seite des Parlaments in Straßburg vorsieht, war es möglich, einen wünschenswerten Prozess der „Parlamentarisierung“ der Europäischen Union zu erörtern.

Es besteht kein Zweifel daran, dass man sich mit dieser Thematik angesichts der Unwägbarkeiten infolge der aktuellen Krise der EU beschäftigen muss, angesichts der Schlacht, die gerade geschlagen wird und die in zugespitzter Form von manchen als „Entscheidungsschlacht“ um das Überleben des europäischen Aufbauwerks betrachtet wird, wobei sie gleichzeitig den Keim der Selbstzerstörung in sich trägt.

Wir dürfen nicht vergessen, dass mit der Hervorhebung des Werts einer parlamentarischen Dimension oder gar einer Parlamentarisierung der EU die Absicht verbunden war, verschiedene Anliegen aufzugreifen, die inzwischen gebetsmühlenartig wiederholt worden und dadurch immer oberflächlicher und vager geworden sind. Damit sind die sogenannten demokratischen Defizite der institutionellen und gemeinschaftlichen Strukturen und letztendlich auch des allmählichen Integrationsprozesses gemeint.

In dem Bericht, den der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Parlaments in Straßburg vorgelegt hat und über den in der Plenarsitzung vom 7. Februar 2002 abgestimmt wurde, hat man die Rolle der Parlamente (im Plural) eingehend beleuchtet. Ich erwähne diesen Bericht, nicht weil ich der Berichtersteller war, auch wenn ich gewisse nostalgische Gefühle für die Institution und ihren modus operandi nicht verhehlen kann, wenn ich sie mit meinen persönlichen Erfahrungen zuletzt im italienischen Parlament vergleiche. Vielmehr meine ich damit den Moment und die Anstrengungen bei der Ausarbeitung und Erörterung, um dem aktuellen Geschehen und den brennenden Fragen Rechnung zu tragen, wobei am Ende die angenommene Fassung herausgekommen ist.

Nach meiner Ansicht kann die abgedroschene Polemik von dem Parlament an seinen zwei Orten in Straßburg und Brüssel als „Produzent von Papieren“ in ihrer Oberflächlichkeit nicht als Rechtfertigung dafür herhalten, dass es nicht nötig sei, 15 Jahre später eine Neuauslegung und eine Neubewertung von dem vorzunehmen, was in dem Bericht und den Debatten damals angesprochen und offenbar bis heute in keiner Weise gelöst wurde.

Das eigentliche Problem bestand darin, dass viele der in einem längeren Prozess gezogenen Schlussfolgerungen dann aufgegeben und keine Anstrengungen unternommen wurden, sie konkret in die Tat umzusetzen. In der Wahlperiode von 1999 bis 2004 schien es mir, als wäre es der Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente (COSAC) zumindest ansatzweise gelungen als einziges, wenn auch bescheidenes Forum für einen Meinungsaustausch und für gemeinsame Anstrengungen der Vertreter des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zu dienen. Man hätte aber weiter gehen müssen, um mehr als einen Teilerfolg erzielen zu können.

Wir müssen weiter aufpassen, dass es zu keiner Vermengung zwischen den Zuständigkeiten und Befugnissen der nationalen Parlamente einerseits und des Europäischen Parlaments

andererseits kommt. Gleichzeitig ist eine gerechte Einschätzung der nationalen Parlamente vorzunehmen, denn wir müssen zu der Einsicht kommen, dass nicht sie allein durch die Wähler demokratisch legitimiert sind, sondern ebenso das Europäische Parlament.

Soviel an dieser Stelle dazu. Konkret stellt sich die Frage, ob das Europäische Parlament in der Lage ist, als dynamische Triebfeder zu dienen und zu verhindern, dass den sich bereits abzeichnenden Bemühungen um eine Erneuerung und Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses, wie sie zumindest den Dokumenten der „fünf Präsidenten“ zu finden sind, Steine in den Weg gelegt werden. Kann es als eine solche dynamische Triebfeder in dem vor uns stehenden Wahljahr dienen und dabei auch den zahlreichen Sachzwängen Rechnung tragen, die zu einer Verwässerung und Verzögerung führen? Es ist zu hoffen, dass die Bürger bei ihrem Urnengang in mehreren wichtigen EU-Ländern den gegenwärtig so gefährlichen populistischen Strömungen Einhalt gebieten werden. Oder können die wichtigen bislang offenen Fragen, wie ich sie erwähnt habe, für ein Jahr oder auch länger erstmal weiterhin ungelöst bleiben? Ich hoffe vor allem, dass das Europäische Parlament bei alledem eine positive Rolle spielen wird.

Giorgio Napolitano

FÜR DIE WIEDERBELEBUNG EINER EUROPÄISCHEN IDEE

Europa ist die Vorstellung von sich selbst abhandengekommen, und dies mag vielleicht der gravierendste Aspekt seiner Krise sein. Angesichts der sich in der Welt derzeit ereignenden Dramen, von denen Europa nicht verschont bleibt, vom Krieg über den Terror und den Flüchtlingsstrom bis hin zu den gesellschaftlichen Krisen, könnte man meinen, es handele sich bei dieser Behauptung nur um einen philosophischen Trugschluss, aber bei näherer Betrachtung ist dem nicht so. Europa hat immer eine Vorstellung von sich selbst gehabt, und auch während der tragischsten Momente seiner Geschichte und in den Zeiten seiner größten Zerrissenheit ging es stets um die Selbstfindung des Kontinents und um einen häufig dramatischen Kampf der Ideen. Es lohnt zudem gerade jetzt daran zu erinnern, dass auch am Anfang des Integrationsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst eine Idee stand. Europa lag zwar in Schutt und Asche, es hatte aber noch die Kraft, sich selbst als Zentrum eines immer weitreichenderen Einigungsprozesses vorzustellen.

Die Entwicklung seiner Zivilisation, die einst im Mittelpunkt der Welt stand, lässt sich nur schwer in wenigen Worten zusammenfassen, aber man kann vielleicht sagen, dass sich ihre Geschichte stets zwischen den Polen einer Freiheitsidee und einer Machtvorstellung bewegte, und

Europa hat es stets verstanden, sich in seiner Selbstreflexion mit der Welt in Beziehung zu setzen, auch wenn die Selbstverwirklichung jenseits der eigenen Grenzen in Gewalt und Machtdemonstrationen ausuferte. Natürlich war diese Gewalt auch innerhalb seiner eigenen Grenzen zu beobachten, bei dem Kampf zwischen unterschiedlichen Weltanschauungen und Vorstellungen vom weiteren Verlauf der Menschheitsgeschichte. Die schließlich insbesondere ab dem Jahr 1957 einsetzende Dynamik gründet sich auf die Erkenntnis aller, dass es „nie wieder Krieg“ geben dürfe, und hinter diesem Ausruf, mit dem Jahrhunderte währende Kämpfe beendet wurden, verbarg sich auch die Idee, dass nun ein neues Europa Gestalt annimmt, das fähig ist zu einer zur Ausbildung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der Welt mit einer konkreten Neuordnung der Beziehungen zwischen den Nationen, und dass Europa, wenn man so will, fortan als Vorbild für einen Aussöhnungsprozess dienen kann. Tatsächlich hat sich eine Reihe makroregionaler Zusammenschlüsse in der ganzen Welt in den vergangenen Jahrzehnten an Europa ein Beispiel genommen.

Auch wenn dies alles unbestritten ist, befinden wir uns jetzt dennoch in einer schwierigen Lage, wie wir sie bislang nicht gekannt haben. Es scheint, als habe sich Europa angesichts einer krisengeschüttelten Welt und angesichts einer von den Verfechtern der Globalisierung nicht vorhergesehenen Unordnung plötzlich in sein Schneckenhaus zurückgezogen. Da zudem unsere Außengrenzen keine völlige Sicherheit mehr bieten, hat jeder am gemeinsamen Aufbauwerk beteiligte Staat damit begonnen, in erster Linie an sich selbst zu denken, zwar in unterschiedlicher Ausprägung, aber auf jeden Fall in Abkehr vom Geist der Solidarität. Eine Idee in der Geschichte kann aber nicht im luftleeren Raum existieren und für sich alleine, losgelöst von den konkreten historischen Ereignissen, stehen, denn wenn dies geschieht, dann verflüchtigt sie sich allmählich, und die historische Entwicklung, selbst eines ganzen Kontinents wie in diesem Fall, kann dann eine ganz neue Richtung einschlagen.

Betrachten wir einmal das grundlegende Thema der Einwanderung. Wie soll man sich angesichts eines Phänomens verhalten, das nach und nach immer größere Dimensionen annimmt? Soll man die Grenzen verteidigen, hinter denen sich eine Identität verbirgt, die sich mittels ihrer Hilfe behauptet, oder soll man vielmehr in diesen verzweifelten Menschen eine Frage erkennen, der man sich nicht entziehen kann und die sich gar als Chance erweisen könnte? Was bedeutet „Integration“, wenn es dabei um eine andere Kultur geht, um einen anderen Lebens- und Gesellschaftsentwurf? Was soll überdauern, die Idee von der Freiheit oder unsere Art und Weise, wie wir in Freiheit leben? Es ist möglich und fällt wohl auch nicht allzu schwer Antworten auf diese Fragen darauf zu finden, wenn es bei einer theoretischen Betrachtung bleibt, aber wenn es darum geht, sich der nicht selten nackten und verzweifelten Menschen anzunehmen, die bei uns suchen,

dann bleibt nicht viel Zeit zum Nachdenken. Und die Sicherheit, wie es um dieses Thema bestellt? Was geschieht nun mit dem offenen Raum, der an die Stelle starrer Grenzen treten sollte und der ganz Europa den Europäern geöffnet hat? Sind wir uns dessen bewusst, dass gerade dieser Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts infrage gestellt wird, was bereits jetzt geschieht, wenn wir keine Antwort auf diese Frage finden? Und wie kann es ein Modell eines sozialen Europas vor dem Hintergrund einer strengen Sparpolitik geben? Was geschieht mit der Konstitutionalisierung der Rechte? Und wie steht es um die Außenpräsenz Europas?

Europa als solches tut sich derzeit schwer damit, Antworten auf diese gewichtigen Fragen und viele weitere, die sich daran anschließen, zu finden. Es hat Anflüge von Großzügigkeit und Offenheit, und dann verschließt es sich wieder und setzt dabei mitunter eine finstere Miene auf. Das Problem ist, dass sein Modell keine Lösungen bereithält, dass Europa nicht mehr weiß, was es ist, was es sein sollte und was es sein will. Die großartige Idee, auf die es sich stützt, bleibt im Hintergrund erkennbar, aber sie hat große Schwierigkeiten, die gravierenden Widersprüche aufzulösen, die sich derzeit im Innern Europas herausbilden und die aller Orten zu Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit führen.

Einen beschleicht zunehmend das Gefühl, dass die ursprüngliche Idee nicht mehr ausreicht. Es stimmt zwar, dass Frieden zwischen den Völkern in Europa eingekehrt ist, und selbstverständlich wurde auch noch viel mehr erreicht, aber ein Gefühl der Unzufriedenheit, das sich zurecht wegen der derzeitigen Lage breitgemacht hat, hat irgendwie die Kraft, die von dieser vitalen politischen Energie ausgeht, neutralisiert, sodass wir uns nun eine Welt vorstellen können, in der es europäischer politischer Entscheidungen nicht mehr bedarf, eine Welt, die inzwischen durch andere Kräfte zusammengehalten wird, welche sich zunehmend um rein technische Kompatibilitätsberechnungen oder aber um eine abstrakte Begeisterung für unerreichbare Rechte herum bewegen. Europa muss zuallererst den Glauben an sich selbst zurückgewinnen, und wir Befürworter Europas sind fest davon überzeugt, dass dies auch gelingen wird.

Biagio de Giovanni

EUROPA UND DIE EHEMALS KOMMUNISTISCH REGIERTEN LÄNDER

Die ehemals kommunistischen Länder gehören seit mehr als einem Jahrzehnt zum demokratischen Europa und es wäre falsch, sie immer noch einer besonderen Kategorie zuzuordnen. Wir sollten unsere Sicht auf diese Länder und ihre Entwicklung ändern:

Mit der Entscheidung für den EU-Beitritt dieser Länder hat die Union in besonderer Weise unkonventionelles und vorausschauendes Denken an den Tag gelegt. Die EU hat Mut bewiesen, als sie beschloss, die Demokratisierungswelle in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach dem Ende des Kalten Krieges zu nutzen, und es gelang ihr, sie zu einem großen Erfolg zu machen.

Als Leiterin des damaligen polnischen Verhandlungsteams kann ich bezeugen, dass der EU-Beitritt für beide Seiten kein einfacher Prozess war. In vielen Bereichen war unsere Arbeit ein Wettrennen gegen die Zeit, gleichzeitig aber auch ein Kampf gegen die vielen in unseren Gesellschaften immer noch bestehenden Phobien und Ängste. Und wir hatten ebenfalls gegen die häufig unbegründeten Befürchtungen seitens unserer Verhandlungspartner aus den Ländern des „alten Europa“ zu kämpfen (die Angstkampagne mit dem „polnischen Klempner“ als Hauptfigur ist sogar heute vielen noch im Gedächtnis).

Aber trotz aller Widrigkeiten, Ängste und echten Probleme haben wir Erfolg gehabt. Und nach mehr als einem Jahrzehnt lässt sich nicht bestreiten, dass die neuen Mitgliedstaaten mit ihrer Begeisterung für Europa und die freien Märkte, die sie als Mitgift bei ihrem Eintritt in die EU einbrachten, enorm zum Wohl des gesamten Kontinents beigetragen haben.

In dieser Hinsicht war die Erweiterung einer der Meilensteine in der Geschichte der Europäischen Union.

Heute steht die Europäische Union wieder einmal, wie schon so oft, am Scheideweg. Die Folgen der Krise haben dazu geführt, dass wir der Zukunft des europäischen Projekts eher angstvoll entgegensehen.

Mancherorts besteht unglücklicherweise die Tendenz, den gewagten Visionen – etwa der Vision einer Erweiterung der Union – die Schuld an der gegenwärtig unsicheren Lage zu geben.

Das ist meiner Meinung nach gefährlich. Zwar verändert sich die politische und kulturelle Landschaft der Region mit dem Anstieg populistischer und nationalistischer Tendenzen, die von skrupellosen Politikern befeuert werden. Doch darf man nicht darüber hinwegsehen, dass derartige Tendenzen nicht ausschließlich in mittel- und osteuropäischen Ländern an Boden gewinnen. Populistisches Denken macht keine Unterschiede, es blüht sowohl in Warschau als auch in Paris, und wir müssen ihm entschlossen entgegentreten. Aber die mutige Entschlossenheit vieler Menschen in der Region

könnte schnell an Wert verlieren, wenn, aus welchen Gründen auch immer, unsere Legitimität als ehrliche Mitglieder der Union in Frage gestellt werden sollte.

Wir sollten unbedingt darauf hinarbeiten, dass den Menschen aus Ost- und Mitteleuropa, die konstruktiv mitarbeiten wollen, mit Aufmerksamkeit und Verständnis begegnet wird. Anstatt dass wir uns in der Schale von Nationalismus und regionaler Autarkie verkriechen, sollten wir uns in unserem Gefühl der Verantwortung für Europa nicht beirren lassen.

Wir müssen ein wichtiger Teil der Zukunft der EU bleiben und weiter dazu beitragen, sie für die kommenden Generationen zu gestalten.

Danuta Hübner

DIE ERSTEN FRAUEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT: SIE WAREN PIONIERINNEN!

Frauen waren schon immer in der parlamentarischen Vertretung der Europäischen Gemeinschaften präsent.

Bereits 1952 befand sich unter den 78 Mitgliedern der Gemeinsamen Versammlung der EGKS eine Niederländerin als Abgeordnete der christdemokratischen Fraktion. Sie blieb bis 1956. Die 1912 geborene Marga Klompé sollte die einzige weibliche Abgeordnete in der Gemeinsamen Versammlung der EGKS bleiben.

Erst 1958, nach Inkrafttreten des Römischen Vertrags, entsandten die nationalen Parlamente Frauen in die parlamentarische Versammlung der EWG.

Am Ende meiner Mandatszeit im Jahr 2014 war ich die einzig Verbliebene aus der Zeit des nicht gewählten Parlaments. Im Oktober 1965 kam ich als frisch gewählte nationale Abgeordnete ins Parlament. Unter den zehn Frauen, die zwischen 1958 und 1965 einen Sitz im Parlament hatten, hatte ich die längste Mandatszeit und war insgesamt 34 Jahre lang europäische Abgeordnete – von 1965 bis 1974 als entsandtes und von 1989 bis 2014 als direkt gewähltes Mitglied. Zwischen 1974 und 1989 saß ich nur im nationalen Parlament.

1965 war ich das jüngste Parlamentsmitglied, Frauen und Männer zusammengenommen. Die meisten Männer, also nationalen Abgeordneten und Senatoren, waren im 19. Jahrhundert und vor dem Ersten Weltkrieg geboren. Selbst die neun Kolleginnen, die zwischen 1952 und 1965 ein Mandat innehatten, waren alle vor 1914 geboren. Keine von ihnen war nach 1970 noch Mitglied.

Frauen waren also nur selten vertreten. Im Römischen Vertrag kam das Wort „Frau“ nicht einmal vor. Immerhin es gab den Artikel 119 über „die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit“. Jeder Mitgliedstaat musste sicherstellen, dass dieser Grundsatz im Laufe der ersten Stufe angewendet und in der Folge beibehalten wurde. Bis 1975 wurde der Artikel nur unzulänglich angewandt. In diesem Jahr wurde jedoch eine Europäische Richtlinie über die Gleichbehandlung bei der Entlohnung erlassen, der weitere Richtlinien in den Bereichen soziale Sicherheit, Zugang zu Beschäftigung, Beförderung und Weiterbildung und vieles mehr folgten.

Diese Richtlinien gelten nach wie vor, einige von ihnen in überarbeiteter Fassung. Sie bilden ein äußerst nützliches Arsenal – allerdings muss man es kennen und wissen, wie man die Richtlinien im Falle von Diskriminierung einsetzt. So wie die Dinge seit der EU-Erweiterung 2004 stehen und angesichts der von zu vielen Regierungen der 28 Mitgliedstaaten gezeigten Haltung müssen wir froh sein, dass es dieses Arsenal gibt und es auch nutzen, denn seit 2009 sind alle Versuche einer Reform des Richtlinienpakets gescheitert.

Seit das EP 1984 einen ständigen Ausschuss für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen geschaffen hat, werden seine Stellungnahmen immer weniger befolgt. Dieser Ausschuss, der fast ausschließlich von weiblichen Mitgliedern besetzt ist, erstellt Berichte mit Änderungsanträgen zu den Vorschlägen der Kommission, die zwar im EP noch eine Mehrheit finden, aber aufgrund ihrer häufig unrealistischen Forderungen zumeist vom Rat und sogar von der Kommission ignoriert werden. Ein Beispiel sind die Bereiche Mutterschutz und Quotensystem: Keinem der Berichte des EP wurde entsprochen.

Der mangelnde Realismus und die Unklarheit der Standpunkte des EP, die sich auf schlecht konzipierte Berichte der meisten „Frauenausschüsse“ stützen, waren also in den vergangenen Wahlperioden der wesentliche Grund für den Stillstand in der europäischen Gesetzgebung zum Thema Gleichberechtigung.

Leider zeigt sich auch im EP ein Trend zum polemischen Populismus. Mit mehr Vernunft und Pragmatismus lässt sich zwar keine Revolution in Gang setzen, aber auf der legislativen Ebene wie in der realen Welt könnten mehr Fortschritte erzielt werden. Schade!

Astrid Lulling

Zwischenartikel:

Der Mutterschutz war Gegenstand eines Vorschlags für eine Empfehlung der Kommission der EWG, der dem Europäischen Parlament am 18. Januar 1966 übermittelt wurde.

Der Sozialausschuss ernannte in seiner Sitzung vom 25. Januar 1966 Astrid Lulling zur Berichterstatterin. Er prüfte den Vorschlag für eine Empfehlung auf seinen Sitzungen vom 15. März und 4. April. Bericht und Entschließungsantrag wurden am 18. Mai 1966 einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Die Abstimmung im Plenum fand am 19. Juli 1966 statt. Der Bericht hat die Nummer 69.

Trotz der Tatsache, dass die Abgeordneten der damaligen Zeit ein Doppelmandat auf nationaler und europäischer Ebene innehatten, wurde schneller und oft auch gründlicher gearbeitet als 50 Jahre später.

Das zeigt eine Formulierung in der Entschließung, in der

das Europäische Parlament die Auffassung vertrat, dass die Initiative zur Gleichbehandlung im Rahmen der Entwicklung verschiedener Regelungen zum Mutterschutz in der Gemeinschaft nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer fortschrittlicheren Regelung sein könne, die auf neue Lösungen ausgerichtet sein müsse, um Frauen einen angemesseneren Platz in der Arbeitswelt zu bieten und dabei alle Hindernisse für ihren Zugang zu Beschäftigung, zu ihrem Recht auf Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigungs- und Beförderungsbedingungen sowie ihre uneingeschränkte Integration in die Gesellschaft auszuräumen.

Das klingt auch 50 Jahre später noch aktuell!

Astrid Lulling

Zwischenartikel:

Ein kritischer Bericht über das Thema Lohnleichheit

Am 21. Oktober 1970 forderte der Ausschuss für Sozial- und Gesundheitsfragen nach Prüfung des Dokuments der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über den zum 31. Dezember 1968 festgestellten Stand der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für männliche und weibliche Arbeitnehmer, einen Bericht dazu im Europäischen Parlament zu erstellen. Mit Schreiben des Präsidenten des Europäischen Parlaments vom 12. November 1970 wurde ihm die entsprechende Genehmigung erteilt. Am 26. November wurde Astrid LULLING zur Berichterstatterin

ernannt. Der Berichtsentwurf wurde am 16. Februar und 4. März 1971 geprüft und ebenfalls am 4. März einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Am 10. Mai 1971 wurden der Bericht und der Entschließungsantrag im Plenum angenommen.

Dieser sehr kritische Bericht wurde von den Parteien in Dänemark und Norwegen missbraucht, um die Wählerinnen und Wähler gegen den Beitritt ihrer Länder zur EWG zu mobilisieren.

Astrid LULLING musste auf Einladung der sozialdemokratischen Parteien und freien Gewerkschaften nach Kopenhagen und Oslo reisen, um die positiven Aspekte der europäischen Integration zu erläutern und um zu begründen, dass sie mit ihrer Kritik eine wirksamere Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Mann und Frau erreichen wollte.

Dänemark trat der EWG 1973 bei. Norwegen ist bis heute kein EU-Mitglied.

Astrid Lulling

DAS REFERENDUM IN ITALIEN UND DIE EU

Das Jahr 2017 ist für Rom Anlass zur gemeinsamen Reflexion – vor genau 60 Jahren begann der europäische Einigungsprozess. Doch ein Thema beschäftigt den gesamten Kontinent: Kommt nach dem Brexit der Italexit?

Diese Frage stellt sich erst recht nach dem Referendum in Italien, das zum Sturz der Regierung Renzi geführt hat. Die eigentliche Frage aber ist eine andere. Die Gefahr der Desintegration betrifft leider alle Länder der Union. Die entsetzlichen Kriege in Afrika und Nahost haben eine unkontrollierte Einwanderung ausgelöst. Die italienische Halbinsel ist dabei angesichts dieser humanitären Ohnmacht besonders stark – und bisher allein – betroffen (hinzu kommt das Problem der anhaltenden Finanz- und Bankenkrise). Doch bei dem Referendum ging es nicht um diese Themen, und es hätte auch keines dieser Probleme gelöst. Zu Recht wurde gesagt, das Referendum sei in politischer Hinsicht reine Zeitverschwendung gewesen und sei zulasten echter Reformen (in den Bereichen Justiz, Haushalt, öffentliche Investitionen, Bürokratie) gegangen. Insofern war es kein Referendum gegen die Union.

Indirekt gesehen war eher das Gegenteil der Fall. Unmittelbar vor dem Referendum ergab eine renommierte Umfrage, dass nur 13 % der Italiener in der Union ein Hindernis für die Bewältigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten sehen. Fast doppelt so viele Italiener (28 %) betrachten die Union eher als Hilfe. Für den Großteil ist die EU eine Notwendigkeit, und 71 % waren der Ansicht, dass die Abschaffung des Euro enorme Risiken hätte.

Diese Umfrageergebnisse wurden durch den Ausgang des Referendums nicht widerlegt. Die Menschen, die mit „Ja“ gestimmt haben (40 %) sind mit Sicherheit insgesamt europafreundlich eingestellt. Doch der Auswertung der Wählerbewegungen zufolge sind auch im „Nein“-Lager (60 %) mindestens 20 % pro-europäische Wähler zu finden. Das sind Wähler, die aus politischen Gründen mit „Nein“ gestimmt haben oder es als ihre „bürgerliche Pflicht“ ansahen, einen völlig unklaren und somit wenig verfassungsmäßigen Text abzulehnen. Es gibt also eine grundlegende Übereinstimmung zwischen der in der Umfrage erkennbaren europafreundlichen Haltung und dem tatsächlichen Abstimmungsverhalten im Referendum.

Jenseits der für alle Europäer schweren politischen Rahmenbedingungen verfügt Italien über eine solide historische und konstitutionelle Basis, die im Innersten der öffentlichen Meinung weiterbesteht und auf ausgeprägten geografischen Verbindungen beruht: der „europäische Geist“, der sich in der Erklärung von Messina (1955) niederschlug; die Römischen Verträge (1957); die Einheitliche Europäische Akte (Mailand 1986), die von dem 1984 vom Europäischen Parlament gebilligten und auf Initiative von Altiero Spinelli erarbeiteten „Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union“ beeinflusst wurde. Doch in der historischen Erinnerung findet sich noch mehr. Im Juni 1989 war die italienische Wählerschaft aufgefordert, an einem – verfassungsrechtlich eher realitätsfernen – konsultativen Referendum teilzunehmen. Zur Abstimmung stand die Schaffung einer echten Union, ausgestattet mit einer gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlichen Regierung, die das Mandat erhält, einen Entwurf für eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Die rechtliche Wirksamkeit dieses Referendums war zwar fraglich, politisch war es jedoch durchaus relevant. Insgesamt 33 Millionen Menschen stimmten ab – 29 Millionen von ihnen befürworteten die Idee einer europäischen Verfassung.

Inzwischen ist natürlich viel Zeit vergangen, und man darf sich keine Illusionen machen. Die Euroskepsis ist überall auf dem Vormarsch. Dennoch ist die Zustimmung zu Europa dort am robustesten, wo sie im Laufe der Jahre als Teil des konstitutionellen Erbes des Staates verstanden wurde, wo eine „Zuständigkeit für Integration“ vorhanden ist. Diese Zuständigkeit ist in Artikel 11 der Verfassung von 1948 festgeschrieben und wurde von den Gründungsvätern von Anfang an im Sinne der Offenheit für eine supranationale, europäische Ordnung interpretiert. Nicht zuletzt deshalb war das rein italienische Referendum vom Dezember 2016 keinesfalls ein Votum gegen Europa.

Andrea Manzella

WIE DIE EUROPÄISCHE INITIATIVE FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE DEN EHEMALIGEN OSTBLOCK VERÄNDERTE

Bevor ich 1984 ins Europäische Parlament gewählt wurde, hatte mein damaliger Vorgesetzter – ein ehemaliger Leiter des militärischen Nachrichtendienstes des Vereinigten Königreichs – vorausgesagt, dass jenes Jahr zum Wendepunkt im Machtkampf zwischen NATO und Warschauer Pakt werden würde. Er hatte Recht. Während sich Michail Gorbatschows Reformagenda entwickelte, erhielt sie von dem von mir eingerichteten Demokratiefonds der EU Unterstützung in Höhe von rund 4 Mrd. EUR zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten im ehemaligen Ostblock und darüber hinaus.

In meinen ersten Jahren als MdEP war es mein wichtigstes Ziel, Dissidenten in den düsteren Städten des Ostblock zu ermutigen. Sie alle wollten „nach Europa“ und zur Normalität zurückkehren. Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 wurde der von mir vorgeschlagene Europäische Demokratiefonds, der nach dem Vorbild des US-amerikanischen „National Endowment for Democracy“ konzipiert war, als offizielles Gremium der EU aufgenommen.

Ab dem Haushaltsverfahren der EG im Jahr 1990 stand die umfassende Transformation des ehemaligen Ostblocks im Mittelpunkt meiner Europäischen Initiative für Demokratie. Anders als alle anderen Hilfsprogramme der EG konnte der Fonds ohne die Zustimmung der Gastregierungen tätig werden.

Wir eröffneten Büros in Moskau, Prag und Warschau. Auf seinem Höhepunkt im Jahr 1997 wurden etwa 1200 zivilgesellschaftliche Projekte finanziert – mehr als die von George Bush Senior zitierten „Tausend Lichtpunkte“.

MdEP aus dem gesamten Parlament standen mit den beitragswilligen Ländern im Austausch, um Reformen zu fördern, und ihre Fraktionen vernetzten sich mit den Parteien in den Reformländern.

Unsere einfachen Zielsetzungen – freie und faire Wahlen, Menschenrechte, freie Medien, Rechtsstaatlichkeit und eine soziale Marktwirtschaft – wurden 1993 von den politischen Entscheidungsträgern der EG als sogenannte „Kopenhagener Kriterien“ für die Aufnahme der ehemals kommunistischen Länder angepasst.

Das heutige Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) – bereichert um die Erfahrung der Politiker aus dem ehemaligen Ostblock – blickt über die Beitrittsländer hinaus und befasst sich mit der „Nachbarschaft“ der EU und „schwierigen“ Ländern wie Kuba oder China.

Ob als Beihilfe für Strafvollzugs- oder Arbeitsmarktreformen, oder zur Förderung von Selbsthilfeinitiativen haben die vom EIDHR bereitgestellten – in der Regel kofinanzierten – Mittel Tausenden geholfen. Menschenrechtsverteidiger haben es unter anderem in China geschafft, Hunderte Menschen vor der Todesstrafe zu bewahren.

Das EIDHR kofinanziert außerdem den Internationalen Strafgerichtshof, und rund 25 Prozent seines Haushalts gehen an die mehr als 100 Wahlbeobachtungsmissionen der EU.

Heute sind die Ziele des Instruments die eigenen Werte der EU: Schutz der Menschenwürde einschließlich Beseitigung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Bestrafung; Hilfe für den Schutz und die Förderung der Rechte von Kindern und Frauen; Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung, unter anderem der Straflosigkeit; Förderung und Schutz der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sowie die Achtung des humanitären Völkerrechts.

2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis. Das norwegische Nobelpreiskomitee wollte damit die wichtigste Errungenschaft der EU hervorheben, nämlich ihren erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung sowie für Demokratie und Menschenrechte.

Seit jeher ist das Europäische Parlament ein Vorreiter im Einsatz für Demokratie und Menschenrechte und setzt dieses Engagement durch das EIDHR, seinen Unterausschuss für Menschenrechte, den jährlich verliehenen Sacharow-Preis, sein Büro zur Förderung der parlamentarischen Demokratie sowie in seinen Debatten und Dringlichkeitsentscheidungen zu Menschenrechtsthemen aktiv um. Ich bin stolz auf das, was Andere mit meiner Hilfe erreicht haben.

Edward McMillan-Scott war von 1984 bis 2014 MdEP für das Vereinigte Königreich (EDG, EPP und ALDE) und von 2004 bis 2014 Vizepräsident für Demokratie und Menschenrechte.

TÜRKISCHE ÜBERRASCHUNGEN

Die gegenwärtige Phase der türkischen Geschichte nahm 2002 ihren Anfang, als Erdoğan's Partei AKP die Wahl gewonnen hatte. Seine Islamisten waren Konservative im gesellschaftlichen Bereich, aber was die Wirtschaft anbelangt, waren es Liberale, denen es gelang, die Konjunktur wieder anzukurbeln und für Wachstum zu sorgen. Entscheidend war die Ernennung von Ahmet Davutoğlu, einem Professor, außenpolitischen Berater Erdoğan's und Verfasser des Buches „Strategische Tiefe: Türkei's Stellung in der Welt“, zum Ministerpräsidenten der Türkei. Ihm gelang es, Probleme aus dem Wege zu räumen und engere Kontakte zu Ländern zu knüpfen, die ehemals Teil des Osmanischen Reiches waren. Durch sein vorbildliches Verhalten konnte sich Erdoğan zum

Führer der islamischen Welt aufschwingen. Schließlich verfolgte er einen proeuropäischen Kurs und war für die NATO. Mit anderen Worten, die Türkei gewann überall Freunde hinzu, hatte keine echten Feinde und übte einen zutiefst positiven Einfluss jenseits seiner Landesgrenzen aus.

Damit hat das Land seine Verbündeten und seine Rivalen gleichermaßen überrascht, denn 50 Jahre lang hatte die Türkei dem Nahen Osten den Rücken zugekehrt, und nun begann sie, neue Handelsbeziehungen zu knüpfen und Visumschranken abzubauen. So stimmte die Türkei dem Friedensplan der Vereinten Nationen für Zypern zu, stellte die Beziehungen zum Irak und Syrien wieder her, nahm Beitrittsverhandlungen mit der EU auf und suchte die Aussöhnung mit Armenien. Zudem bewarb sie sich zusammen mit dem früheren Erzfeind Griechenland für die Fußballeuropameisterschaft. Zugleich versuchte das Land in vorbildlicher Weise bei Konflikten zu vermitteln, sodass sich erbitterte Feinde wie Fatah und Hamas, Israel und Syrien, Pakistan und Afghanistan in Ankara an den Verhandlungstisch begaben.

Zu Beginn des Arabischen Frühlings wurde dieser von der Türkei begrüßt, da in den jeweiligen Ländern Parteien an die Macht kamen, die enge Beziehungen zur AKP unterhielten. In Ägypten übernahm die Muslimbruderschaft die Macht, und in Tunesien kam eine mehr oder minder ähnliche Partei ans Ruder. Und dann verlor plötzlich die Türkei in all diesen Schlüsselregionen des Nahen Ostens ihre beherrschende Stellung. In Syrien geriet die Lage völlig außer Kontrolle. Erdoğan brach mit Assad und ging in das Lager der Aufständischen rüber, was auch einen Bruch mit Russland zur Folge hatte. Gleichzeitig verscherzte er es sich dadurch mit allen Gegenspielern von Assad. Die Tatsache, dass die Türkei in unterschiedlichen Protestbewegungen des politischen Islams aktiv mitmischte, wurde von Saudi-Arabien und den Golfstaaten mit Argwohn betrachtet, die den Arabischen Frühling als ernsthafte Bedrohung für sich selbst und ihre arabischen Verbündeten ansahen. Russlands Boykott war nicht nur eine Folge des Zwischenfalls mit dem Kampfflugzeug, sondern wurde auch deshalb verhängt, weil Moskau Beweise dafür hatte, dass der IS Erdöl mit Hilfe der Türkei exportierte. Die USA glaubten den russischen Anschuldigungen und gingen zudem davon aus, dass die Türkei und der IS unter einer Decke steckten. König Abdullah II. von Jordanien erklärte, dass Erdoğan, mit dem er jahrelang die besten Beziehungen gepflegt hatte, radikale islamische Lösungen verfolge, Erdöl vom IS kaufe und Terroristen dabei unterstütze, nach Europa einzudringen.

Erdoğan verblüffte dann die Amerikaner mit seiner Kritik an Obamas Syrienpolitik und seinen antiamerikanischen Tiraden nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass Donald Trump während des Wahlkampfs zum Besten gab, dass er es niemals erlauben werde, dass US-Soldaten für den NATO-Verbündeten Türkei in den Kampf ziehen! Nach dem „Gülen-Putsch“ fühlte sich Erdoğan gekränkt und vom Westen verraten und verkauft. Die Säuberungen in den Reihen des Militärs sollen wohl dazu dienen, dass es in Zukunft weniger in

Richtung NATO ausgerichtet und nicht mehr so pro-amerikanisch ist. Unter den säkularen Soldaten waren schon immer starke antiamerikanische Ressentiments verbreitet. Wie der Zufall es will, haben Erdoğan und die säkular ausgerichteten türkischen Streitkräfte, die bislang Erzfeinde waren, nun mit den Gülen-Anhängern einen gemeinsamen Feind.

Gleichzeitig hat sich nun eine bleierne Stille über das Land gelegt. Europa braucht nicht zu hoffen, bei Erdoğan noch ein offenes Ohr für demokratische Forderungen zu finden. Die Flüchtlingsvereinbarung legt in keiner Weise nahe, dass in absehbarer Zeit die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über den EU-Beitritt der Türkei bestünde. Eine Türkei, die sich in Richtung einer autokratischen Herrschaft bewegt, verfügt jedoch immer noch über den Status eines Beitrittskandidaten. Es ist daher höchste Zeit, dass sich die EU entschiedener zu Wort meldet.

Jan Willem BERTENS, ELDR 1989 - 1999

PORTUGALS BEITRITT ZUR EU

Kurz vor dem 60. Jahrestag des Römischen Verträge steht das 30-jährige Jubiläum des Beitritts Portugals (und Spaniens) zu den Europäischen Gemeinschaften, also der heutigen Europäischen Union an.

Aus diesem Anlass soll Bilanz gezogen werden – darüber, wie sich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union auf Portugal ausgewirkt hat und wie sie sich künftig auswirken wird –, und es soll erörtert werden, welchen Beitrag Portugal zu dem gegenwärtigen Geschehen in der EU leistet. So wie die Gründung der Europäischen Gemeinschaften in den 50er Jahren auf politische Gründe zurückzuführen ist, war auch der Beitritt Portugals zu großen Teilen politisch motiviert. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften wollte man alle Faktoren ausräumen, die zu dem neuerlichen Ausbruch eines Weltkriegs in Europa führen könnten. In Portugal galt es nach der fast vier Jahrzehnte andauernden Diktatur von rechts und nachdem Portugal 1975 erneut kurz vor einer – in diesem Fall linksgerichteten Diktatur – stand, zu verhindern, dass jemals wieder eine diktatorische Herrschaft erstarken könnte.

Daneben wurde selbstverständlich auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der portugiesischen Bevölkerung angestrebt. In der Tat können einige weniger günstige Entwicklungen, die in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, nicht über die Fortschritte hinwegtäuschen, die in den verschiedensten Bereichen – mit einer Annäherung an den EU Durchschnitt beim BSP pro Kopf – zu verzeichnen sind. Außerdem ist zu betonen, dass die EU

erheblich zu der Verbesserung der Infrastruktur des Landes beigetragen hat, was sich äußerst günstig auf unterschiedliche Bereiche ausgewirkt hat.

Da die Europäische Union der größte Wirtschaftsraum der Welt ist, wurden durch den Beitritt nicht nur Möglichkeiten eröffnet, umfassender Nutzen aus den Marktchancen der EU zu ziehen, sondern es boten sich auch neue Möglichkeiten der Beteiligung am Verfassen von Rechtsvorschriften, die den Markt regeln, sowie der Einflussnahme in den Instanzen, die für die Ahndung von Zuwiderhandlungen zuständig sind. Derartige Rechtsvorschriften und Entscheidungen haben auch erhebliche Auswirkungen auf Portugal, da die Wirtschaft der EU für die portugiesische Wirtschaft von großer Bedeutung ist.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass erfreulich viele Möglichkeiten zur Teilnahme gegeben sind und dass portugiesischen Mitgliedern in allen Organen der EU – in einigen Fällen sogar im Rahmen einer Präsidentschaft – eine tragende Rolle zugekommen ist. Ein Beispiel dafür ist der Präsident der Kommission Jose Manuel Durão Barroso (der das Amt für zwei Amtszeiten innehatte, was bisher nur bei Jacques Delors der Fall war). Zu seinen vielen Initiativen und Entscheidungen zählt die Strategie Europa 2020, mit der die Weichen der Union neu gestellt werden, damit die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen der EU bewältigt werden können. Weitere Beispiele sind Vitor Caldeira, der bis vor Kurzem das Amt des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs innehatte, und Luis Vilaça, der vor längerer Zeit zum ersten Präsidenten des damals eingerichteten Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften ernannt wurde.

Es wäre unmöglich, die vielen großen Leistungen aufzuzählen, die von portugiesischen Mitgliedern in allen Organen – insbesondere im Parlament, in ihrer Funktion als Ausschussvorsitze oder z. B. bei der Ausarbeitung von Berichten, die die verfolgten Ziele in eine bestimmte Richtung gelenkt oder zumindest beeinflusst haben – erbracht wurden.

Der portugiesischsprachige Raum erstreckt sich über vier Kontinente; das spiegelt sich in der Beteiligung Portugals wieder – so ist sie dadurch gekennzeichnet, dass Portugal sich für eine Öffnung nach außen, die im Interesse Europas liegt, einsetzt. Da die Leistungsbilanz des Euroraums weiterhin den weltweit höchsten Überschuss (376,3 Milliarden Dollar im Jahr 2016) aufweist, ist es offensichtlich, dass Europa in der Lage ist, sich an eine Öffnung der Welt, aus der alle Seiten Nutzen ziehen können, anzupassen.

Manuel Porto

REISE DES VEM IN DIE SLOWAKEI

Ich nehme bereits seit vielen Jahren regelmäßig an den von unserem Verein organisierten Studienreisen in verschiedene Länder teil. Diese Reisen sind für mich immer äußerst lehrreich. Ich habe schon zahlreiche Länder besucht. Das nächste Land auf meiner Liste wird Kuba sein. Zu einem Zeitpunkt, an dem sich Donald Trump anschickt, seinen fremdartigen, improvisierten, bedrohlichen und unberechenbaren Politikstil in die Tat umzusetzen, erscheint dieses Reiseziel umso angemessener.

Im Rahmen der gemeinsamen Reisen hat sich ein harter Kern ehemaliger Abgeordneter herausgebildet, die weiter an Europa glauben und für Europa eintreten. Viele von ihnen sind in ihrer Heimat nach wie vor in verschiedenen Bereichen tätig: sei es in der Politik, an Universitäten, als Juristen oder als Intellektuelle. Mit ihrer Erfahrung bieten sie den aktuellen Gegebenheiten in Europa die Stirn.

Diese Streiter für die europäische Sache, die – ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen – ihre Ansichten darlegen, Fragen stellen und Vorschläge einbringen, werden in den jeweiligen Gastländern mit Interesse willkommen geheißen. Die fruchtbaren Diskussionen tragen dazu bei, eine Verbindung zwischen der Vergangenheit, der Gegenwart und den Problemen der Zukunft herzustellen.

Unsere kurze Reise erlaubte es uns, vor dem Hintergrund des Ratsvorsitzes der Slowakei und einige Wochen nach dem Gipfel von Bratislava eine Bestandsaufnahme zu machen.

In der Europäischen Union mangelt es schon seit einigen Jahren an Führungsstärke und Visionen. Mir ist das einmal mehr aufgefallen, als ich den Ausführungen der slowakischen Führung beiwohnte, die zwar die mit dem Vorsitz einhergehenden Aufgaben gewissenhaft ausführen, sich jedoch einem gewissen Konformismus nicht entziehen können und vor jeglichen Schritten zurückschrecken, die auch nur geringfügig an den bestehenden Verhältnissen rütteln. Die Außenpolitik der Slowakei wird in erster Linie von pragmatischen Aspekten geleitet. Da die slowakische Wirtschaft und Energieversorgung zu großen Teilen von Russland abhängig ist, agiert das Land äußerst vorsichtig, zumal im Hinblick auf die Umsetzung der Sanktionen und die Analyse der Lage in der Ukraine.

Aufgrund der Probleme mit Minderheiten, insbesondere mit Roma und Ungarn, lehnt die Slowakei sämtliche verbindlichen Mechanismen für die Aufnahme von Flüchtlingen ab. In diesem Zusammenhang hat das Land vor dem Gerichtshof der Europäischen Union einen Antrag auf Aufhebung gestellt. Was den Willen zu einem wirklich starken und solidarischen Europa betrifft, herrschen dort die gleichen Ängste und die gleiche ablehnende Haltung wie in anderen Ländern.

Dies war auch während der Diskussion der Mitglieder des Vereins mit den Verantwortlichen, Journalisten und den Vertretern der Zivilgesellschaft spürbar; im Rahmen der Diskussion konnten jedoch all diese Bedenken ausgeräumt und ein Dialog eröffnet werden, mit dem schließlich ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann.

Was bleibt nun von einer derart kurzen Reise?

Es hat sich zumindest gezeigt, dass man einander zuhören und unterschiedliche Ansichten offen und ohne Tabus diskutieren muss – gerade weil Europa unschlüssig über seine eigene Zukunft ist und nicht weiß, welche Rolle es für sich selbst und den Rest der Welt einnehmen soll.

Das ist meine persönliche Ansicht, die auf meinen Erfahrungen beruht; ich spreche nicht zwingend im Namen der übrigen Mitglieder des Vereins.

Der Verein muss weiter seine Strategie der Konsultation und des Meinungs austauschs in Europa und der ganzen Welt verfolgen, wobei er seine Kompetenz und Erfahrung mit Bescheidenheit einbringen sollte. Und warum sollte dies nicht hin und wieder Wirkung zeigen? Auf diese Weise leisten wir unseren Beitrag zu Europa, das schließlich unser aller Zukunft bedeutet.

Jean-Paul Benoit, Rechtsanwalt, Anwaltskammer Paris

BRATISLAVA

DIE SLOWAKEI WILL, DASS DIE EU ALS GLOBALER AKTEUR AGIERT, WEIGERT SICH JEDOCH, MIGRANTEN AUFZUNEHMEN

Ich besuchte die slowakische Hauptstadt Bratislava gegen Ende des slowakischen EU-Ratsvorsitzes, also in der zweiten Hälfte des letzten Jahres. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass sich das Land dem europäischen Projekt verpflichtet fühlt.

Die Slowakei trat der EU am 1. Mai 2004 bei und hat insbesondere im Hinblick auf ihr Wirtschaftswachstum von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Besonders stolz ist man auf die Autoindustrie: Nirgendwo sonst in Europa werden pro Kopf so viele Autos produziert.

Ich reiste über Österreich in die Slowakei. Nur wenige Minuten nachdem ich auf dem internationalen Flughafen von Wien gelandet war, saß ich bereits im Bus nach Bratislava. Die weniger als einstündige Fahrt kostete gerade einmal fünf Euro und wurde mir außerdem mit einem köstlichen Zitronentee versüßt.

In der Slowakei leben gerade einmal etwas mehr als fünf Millionen Menschen und Bratislava, Hauptstadt des Landes seit 1993, ist eine für EU Verhältnisse relativ kleine Hauptstadt.

Bratislava ist eine sehr attraktive Stadt mit einem historischen Zentrum voller enger Pflastersteingassen.

Im Laufe seiner Geschichte war das Land sowohl von den Nationalsozialisten als auch von den Sowjets besetzt. Die jüdische Bevölkerung Bratislavas wurde während des nationalsozialistischen Regimes so gut wie vollständig ausgelöscht und in die Konzentrationslager – und damit in den Tod – deportiert. Aufgrund des Massenmords an der jüdischen Bevölkerung leben heute nur noch etwa 650 Juden in der Stadt.

Im Jahr 1969 waren der Prager Frühling und der Name Alexander Dubček weltweit in aller Munde; diese Reformbemühungen wurden jedoch durch den Einmarsch der Sowjetunion und anderer Staaten des Warschauer Pakts zunichte gemacht.

Der Slowake Alexander Dubček wurde für seine Bemühungen im Bereich der Menschenrechte vom Europäischen Parlament mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet. Er starb 1992 bei einem Verkehrsunfall.

Bei einem Treffen mit dem Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten Miroslav Lajčák sparte dieser nicht mit Kritik am Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU infolge des Referendums. Er sagte, die Slowakei sei zwar ein kleines, aber sehr „europäisches“ Land. Außerdem betonte er, dass die EU seiner Meinung nach als globaler Akteur agieren solle; die Haltung der EU gegenüber Russland sah er kritisch. Es sei wichtig, die diplomatischen Beziehungen zu Russland zu intensivieren und anzuerkennen, dass Russland ein wichtiger Akteur auf der Weltbühne ist.

Er verteidigte die Weigerung der Slowakei, Flüchtlinge aufzunehmen, und stellte klar, dass sein Land weder bereit sei, sich von der Kommission Vorschriften machen zu lassen, noch eine Quote für die Aufnahme von Migranten hinnehmen werde.

Ich war überrascht, dass sich ein Minister mit so viel Erfahrung in diplomatischen und internationalen Angelegenheiten sich derartig äußert; mit seiner Weigerung, bei der Aufteilung der Verantwortlichkeit für die Aufnahme von Migranten innerhalb der EU zusammenarbeiten, stand er jedoch nicht allein da.

Luboš Blaha, Mitglied der linksgerichteten Partei SMER-SD und Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für europäische Angelegenheiten, vertrat die gleiche Auffassung. Er ging sogar soweit, Deutschland dafür zu kritisieren, so viele Migranten aufgenommen zu haben; besonders kritisch äußerte er sich gegenüber Angela Merkels einladender Haltung gegenüber Migranten.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Slowakei als osteuropäischer Mitgliedstaat der EU großen Einfluss auf die östlichen Regionen haben kann und dazu beitragen könnte, die diplomatischen Beziehungen zu Russland zu verbessern.

Michael McGowan

EIN FRUCHTIGER ZUSAMMENARBEIT

Ein Jahr nach der Aufnahme der Zusammenarbeit zwischen dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments und dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) mit Sitz in Italien ist ein überaus positives Ergebnis zu verzeichnen, und wir treiben unsere Zusammenarbeit weiter voran.

Ende Januar haben der Vorsitzende des Vereins, Enrique Barón Crespo, und ich das EHI in Florenz besucht, wo wir dessen Präsidenten, Prof. Renaud Dehousse, und den Generalsekretär des EHI, Botschafter Vincenzo Grassi, getroffen haben. Die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit unserem Verein war sehr groß, und der Beitrag, den unsere Mitglieder aufgrund ihrer hohen Fachkompetenz in den unterschiedlichsten Bereichen zu den Programmen des EHI leisten können, wurde umfassend gewürdigt. Das EHI weiß, wie wichtig es ist, die Erinnerung an die Geschichte zu bewahren, die die Grundlage der derzeitigen politischen Entscheidungen bildet und in die diejenigen, die im Zuge ihres eigenen politischen und gesellschaftlichen Engagements Zeugen der Entstehung und Entwicklung der EU wurden, Licht bringen können.

Gemeinsam mit der Direktorin des Robert-Schuman-Zentrums für Höhere Studien, Brigid Laffan, wollen wir der Frage nachgehen, welche Tätigkeiten in den wichtigsten Forschungsbereichen des EHI verfolgt werden sollten. Wir werden weiter der Möglichkeit auf den Grund gehen, anlässlich von 60 Jahren Römische Verträge, des 25. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht und des 30-jährigen Bestehens des Erasmus-Programms Workshops zu veranstalten oder anderweitig tätig zu werden.

In einem weiteren interessanten Treffen bekräftigte der Direktor des Historischen Archivs der Europäischen Union (HAEU), Dieter Schlenker, dass er der weiteren Zusammenarbeit mit uns bei Bildungsprogrammen für Studierende entgegensieht. In diesem Jahr dreht sich das Programm darum, einen Vertrag für eine Bildung hin zu einer europäischen Bürgerschaft zu entwerfen, ein Thema, das bei den Studierenden, die in der Tat sehr kreativ dabei sind, Visionen für eine bessere zukünftige Bildung als Europäer zu entwickeln, bisher auf Beifall gestoßen ist. Für 2017 haben die Verantwortlichen anlässlich von 60 Jahren Römische Verträge ein neues Projekt entwickelt, und die Mitglieder des Vereins sind eingeladen worden, an diesem wertvollen Programm teilzunehmen.

Im Rahmen unseres Besuchs des Instituts nahmen wir an dem vom Robert-Schuman-Zentrum für Höhere Studien veranstalteten interessanten Workshop mit dem Titel „How National Referendums are challenging the EU“ (Wie die EU durch nationale Referenden infrage gestellt wird) teil. Der Vorsitzende Enrique Barón Crespo gab nicht nur einen historischen Überblick über diejenigen, die bestimmte Ereignisse persönlich miterlebt hatten, sondern wies nachdrücklich darauf hin, wie wichtig es sei, sich eingehend mit der „politischen Verschmutzung“ (political pollution) auseinanderzusetzen. Im Rundtischgespräch gingen wir der Frage nach, was wir darüber wissen bzw. wissen müssen, wie die jüngsten nationalen Referenden in Griechenland, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich allmählich die Institutionen und die Politik der Europäischen Union infrage stellen. In der Debatte trat deutlich zutage, wie wichtig es ist, die Verfassungen der Mitgliedstaaten sorgfältig zu prüfen, vor allem angesichts einiger Artikel des Vertrags von Lissabon über Referenden und die partizipative Demokratie.

In der Juniausgabe des Bulletins werden wir Sie weiter über die Beziehungen zum EHI auf dem Laufenden halten, und wir möchten uns bei all den Mitgliedern bedanken, die durch ihr Fachwissen und ihre umfassenden Kenntnisse zum Erfolg dieser Zusammenarbeit beitragen.

Monica Baldi, Für die Beziehungen zum Europäischen Hochschulinstitut (EHI) zuständiges Mitglied des Vorstands des VEM

DER TAG DES BREXIT AN DER ESSEC IN FRANKREICH

Im Rahmen des Programms Campus 2016 hatte ich die Gelegenheit, zusammen mit anderen eine Konferenz über die Europäische Union zu gestalten und zu leiten, die am 23. und 24. Juni 2016 in der École supérieure des sciences économiques et commerciales (ESSEC Business School) in Cergy-Pontoise stattfand. ESSEC ist eine internationale und multikulturelle Einrichtung mit über 45 000 Absolventen aus der ganzen Welt.

An dem Sommermodul nahmen Teilnehmer aus allen Ecken der Welt teil, darunter auch Studenten von ESSEC und deren Partner-Hochschulen und entsprechenden Business Schools.

Die Konferenz wurde am Tag des Brexit-Referendums eröffnet, sodass es eine besondere Herausforderung war, zur selben Zeit über die Prioritäten der Europäischen Union zu diskutieren. Die zwei ganztägigen Seminare der Konferenz waren durch die Erwartung der Ergebnisse der Volksabstimmung in Großbritannien geprägt, und die meisten Teilnehmer hofften, dass das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union bleiben würde.

Die Entscheidung wurde dann am zweiten Konferenztag bekannt.

Die meisten Teilnehmer wussten noch nicht sehr viel über Europäische Union. Ich war für die Prioritäten Europas und die Gesetzgebung im Hinblick auf Wirtschaftskrisen, Zuwanderung, Terrorismus, Haushalt und EU-Finanzierung zuständig.

Die Teilnehmer wurden auf neun Arbeitsgruppen aufgeteilt und sollten folgende Fragen beleuchten und erörtern:

Wie kann man durch europäische Politik Arbeitsplätze schaffen und für Wachstum und Investitionen sorgen?

Wie kann unser Leben durch den digitalen Markt und den Binnenmarkt leichter werden?

Wie kann kleinen und mittleren Unternehmen durch europäische Politik geholfen werden?

Wie können unsere Ressourcen durch nachhaltige Entwicklung bewahrt werden?

Wie kann die Wirtschaft des Teilens (wie zum Beispiel in Gestalt von Uber, Klick Starter und Airbnb) durch europäische Politik unterstützt und gestaltet werden?

Nach der Vorstellung der Ergebnisse wurde über die kreativsten Inhalte und die besten Präsentationen abgestimmt? An die 40 Teilnehmer im Alter von durchschnittlich 30 Jahren stimmten für die Wirtschaft des Teilens als den besten Inhalt.

Am zweiten Tag beschäftigten wir uns zunächst mit dem Brexit-Votum, das den meisten der Teilnehmer einen Schrecken einjagte. Angesichts der Entscheidung für den EU-Austritt erörterten wir mögliche Konsequenzen unter den folgenden Fragestellungen:

Wie sollte die EU in ihrer Politik mit den Konsequenzen des Brexit-Votums umgehen?

Wie sollte die künftige EU-Erweiterungspolitik aussehen?

Welche Politik sollte die EU im Hinblick auf Migranten und das Asylsystem betreiben?

Welche Politik sollte die EU im Hinblick auf Schengen und den Grenzschutz betreiben?

Wie sollte die EU mit dem TTIP-Abkommen mit den Vereinigten Staaten umgehen?

Es wurden viele Fragen bezüglich einer stärkeren Rolle der EU-Organe aufgeworfen. Auch wurde die Frage gestellt, wie es sein kann, dass ein Staat wie Großbritannien der Gemeinschaft beigetreten ist, als es den Ländern insgesamt sehr gut ging, und nun in Zeiten der Krise austritt. Die Studenten machten sich ferner ihre Gedanken über das gemeinsame Vorgehen gegen den Terrorismus. Sie äußerten ihre Besorgnis über den künftigen Status von EU-Bürgern, die wegen einer Arbeitsstelle nach Großbritannien gezogen sind.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse erhielt am zweiten Tag die Präsentation über den Brexit die meisten Stimmen. Es war offensichtlich, dass junge gut ausgebildete Menschen in einer Welt mit weniger und nicht mit mehr Grenzen leben möchten.

Insgesamt waren es zwei aufregende und anstrengende Tage, in denen hitzige Diskussionen geführt wurden. Wir kamen zu dem Schluss, dass die EU-Organe ruhig auf eine einfachere und leichter verständliche Weise kommunizieren könnten.

Die Konferenz über Europa war eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Teilnehmer aus aller Welt, sich über die Rolle und die Aufgaben der Europäischen Union auszutauschen. Wir hoffen, dass nach dem Brexit niemand in der Europäischen Union mehr die Frage stellen wird, ob er bleiben oder gehen soll.

Zofija Mazej Kukovic

Das Jean-Monnet-Seminar „Die Europäische Union und nachhaltige Entwicklung: Herausforderungen und Perspektiven“ in Clermont-Ferrand

Zwischen 19. und 21. Oktober veranstaltete die Blaise-Pascal-Universität in Clermont-Ferrand ein hochrangiges Seminar zur Diskussion der Ergebnisse des im Rahmen des FP 8 von der EU finanzierten Forschungsprojekts „AdaptEcon II“, an dem Experten mehrerer europäischer Universitäten (von Island bis Rumänien) und Jean-Monnet-Studierende, die als Jungforscher an dem Projekt beteiligt sind und auf ihren PhD hinarbeiten, teilnahmen. Neben den überaus beeindruckenden Forschungsergebnissen waren die Teilnehmer auch daran interessiert, die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Beschlussfassung im Bereich nachhaltige Entwicklung und Wachstumsrücknahme, insbesondere Dekarbonisierung und Ressourcenbewirtschaftung, zu diskutieren. Aus diesem Grund wurden meine Kollegin Eva Quistorp und ich dazu eingeladen, einen Einblick in unsere persönlichen Erfahrungen zu geben. Bereits in den 1980er Jahren wurden im Europäischen Parlament erste Debatten über Nachhaltigkeit geführt. Der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ fand erstmals im Jahr 1991 in den Vertrag von Maastricht Eingang und wurde 1999 mit dem Vertrag von Amsterdam zu einem der vorrangigen Ziele der Union erhoben. Seit 2001 legt die Kommission Strategien zur Verwirklichung dieses Ziels vor, und nicht zuletzt wurde 1974 das Europäische Umweltbüro (EBB) gegründet, sodass man zu dem Schluss gelangen kann, dass sich die Strategien der Europäischen Union für nachhaltige Entwicklung durchaus sehen lassen können – zumindest im Vergleich zu den Strategien auf einzelstaatlicher Ebene.

In neun thematischen Einheiten und zwei Diskussionen mit Politikern sprachen die Experten und jungen Forscher über Themen wie Makroökonomie, umfassende Wohlstandsindikatoren, Klimawandel, Vorschläge zur Dekarbonisierung und Umwelteffizienz der industriellen Ökologie. Sie

stellten ihr dynamisches „World 6“-Modell für Metalle vor und skizzierten Szenarien, in denen sie den Zuhörenden die Endlichkeit von Metallen (allen voran von Kupfer und Eisen) vor Augen führten. In einer öffentlichen Debatte wiesen ehemalige MdEP und französische Politiker auf die Diskrepanz zwischen den guten Zwecken der europäischen Initiativen für nachhaltige Entwicklung, der Kreislaufwirtschaft und der Dekarbonisierung einerseits und dem nach wie vor sehr begrenzten Tätigwerden andererseits hin. Eine besonders drängende Frage der jungen Forscher an die ehemaligen MdEP war die, wie sie Wege dafür schaffen könnten, ihre Ergebnisse dem Europäischen Parlament zu kommunizieren, und wie ein Forum für einen solchen Austausch ins Leben gerufen werden könnte. Bedauerlicherweise konnten wir als ehemalige MdEP darauf keine Antwort geben. Doch wäre dies nicht eine Idee, die es wert wäre, verfolgt zu werden – z. B. als Forum oder „strukturierter Dialog“ (den die Kommission in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen erprobt hat) zwischen dem Forschungsausschuss und den jungen europäischen Forschern?

Birgit Daiber

STUDIEN ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG IN CLERMONT FERRAND

Die Teilnahme an der Veranstaltung an der Universität in Clermont Ferrand war eine ausgesprochen bereichernde Erfahrung. Professor Diemer, ein Experte für Nachhaltigkeitsstudien, der eine Zusammenarbeit mit der isländischen Professorin Vala Ragnarsdottir, Expertin auf dem Gebiet der Ressourcenstudien, initiiert hat, hatte die Veranstaltung hervorragend organisiert.

Clermont Ferrand ist eine reizende Stadt mit einer humanen Architektur, die alte und moderne Elemente verbindet. Sie verfügt über eine gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, befindet sich in einem interessanten historischen Vulkangebiet und hat eine beeindruckende fußgängerfreundliche und familiäre Altstadt. In Clermont Ferrand finden alljährlich ein Jazzfestival und ein Kurzfilmfestival statt, die beide weltweit renommiert sind, und die Stadt beheimatet den Sitz des Michelin Unternehmens. Die Veranstaltung wurde von dem jungen stellvertretenden Bürgermeister der Stadt, Mitglied der Grünen, unterstützt. Bei den wunderbaren Essen bekamen wir einen Einblick in das städtische Leben und hatten die Gelegenheit zum Austausch mit zahlreichen Studierenden im Bereich Sozialarbeit und mit Studierenden aus den französischsprachigen Gebieten Afrikas. Bei diesen Gesprächen am Mittagstisch wurden wir von Studierenden aus Europa, der Türkei und dem Libanon mit manch schwierigen Fragen konfrontiert.

Die Studierenden verfügten über unterschiedliche Kenntnisse, was die Europäische Union und die Erfolge des Europäischen Parlaments im Bereich der Umweltpolitik angeht. Besonders beeindruckt war ich vom Interesse einiger Studentinnen aus Kirgisistan und der Ukraine, die Näheres über die Nachhaltigkeitsstrategien für ihre jeweiligen Länder in den Bereichen Energie und Wasser erfahren wollten. Im Rahmen der lebhaften Debatte mit einigen französischen Politikern wurde auch Kritik an der neoliberalen EU Politik, der weltweiten Handelspolitik der Union und einer fehlenden gemeinsamen Sozialpolitik laut. Als Mitbegründerin der Grünen in Deutschland war es für mich vor allem beeindruckend, festzustellen, dass sich die Umweltdebatte in Frankreich infolge der Rio Konferenz auf der Ebene der Städte, der Landwirtschaft und der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern wirklich weiterentwickelt hat. Wir fanden einen gemeinsamen Nenner bei der Diskussion über Indikatoren im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz und über Alternativen zu einer neokolonialen Politik der Gewinnung von Öl, Coltan und anderen Mineralien, die für die Digitalisierung global tätiger IT Unternehmen von Bedeutung sind. Ein australischer Studierender hielt einen interessanten Vortrag darüber, wie eine bessere Integration der Migrationsproblematik in das Umweltbewusstsein und in nachhaltige Strategien gelingen kann. Ein Redner aus Schweden schilderte die dramatische Lage der syrischen Flüchtlinge auf den griechischen Inseln und die Beweggründe für die überragende Gastfreundschaft der griechischen Inselbewohner.

Ich erfuhr, wie die Zusammenarbeit junger Wissenschaftler, die hoffentlich aktiv zum Aufbau von Demokratie in Europa beitragen werden, durch das Erasmus Programm gefördert wird. Viele Studierende interessieren sich jedoch lediglich für ihre eigenen Projekte, und nur wenige beteiligen sich an der Debatte darüber, wie die Krise überwunden werden kann. Der EU und dem Europäischen Parlament kommt eine wesentliche Bedeutung in der globalen Debatte über die Ziele der Vereinten Nationen für die nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu, die vielen Studierenden besser bekannt sein sollten.

Zu den 17 UN Zielen für nachhaltige Entwicklung zählen auch die Gleichstellung von Frauen und Mädchen und die zentrale Rolle von Frauen mit Blick auf einen Wandel. Darauf wurde bei der Debatte nicht ausreichend eingegangen. Ich habe außerdem eine bessere Kontrolle der globalen Finanzoligarchie gefordert, die für die Finanz- und Schuldenkrise mitverantwortlich ist. Dieser Aspekt muss stärker in den Fokus der Nachhaltigkeitsdebatte gerückt werden. An den Universitäten sollte auch verstärkt auf die Forderungen des Europäischen Parlaments in Bezug auf LuxLeaks und Steueroasen sowie die Besteuerung von Google und anderer multinationaler Konzerne eingegangen werden. Die Konferenz war eine lehrreiche Erfahrung, und ich werde versuchen, das interessante „Erasmus+“ Studienprojekt von Professor Diemer in Clermont Ferrand auch in Zukunft zu verfolgen.

Mein Dank gilt dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der solche Begegnungen ermöglicht.

Eva Quistorp

BABEŞ-BOLYAI-UNIVERSITÄT IN DER JUNGEN STADT CLUJ-NAPOCA

Sicherlich ist es die Regel, eine Universitätsstadt zu besuchen, wenn man eine pulsierende Stadt erleben möchte. Und Cluj-Napoca, die zweitgrößte Stadt Rumäniens, bildet mit ihren vielen nichtstaatlichen Organisationen, Kunstgalerien, Festivals, Jungunternehmen und der Nachfrage nach Personal in der IT-Branche dabei keine Ausnahme. Und es schwingt auch ein wenig Angst mit, dass sich die Personaleinstellungen, die weit über den Durchschnitt liegenden Gehälter und die Auswirkungen auf den Grundstücksmarkt als Blase erweisen könnten, zumal sich die Dinge so schnell entwickelt haben. Die Stadt zählt über 300 000 Einwohner und ist der Wohnort von etwa 80 000 Studenten, die in all den Universitäten der Stadt eingeschrieben sind. Auch wegen der steigenden Wohnungskosten nimmt ein Teil der Studenten lange Pendelwege zu den Universitäten in Kauf.

An den 21 Fakultäten der Babeş-Bolyai-Universität selbst sind 42 000 Studenten eingeschrieben, und es gibt 118 Master- und Bachelorstudiengänge. 1 000 Studenten stammen dabei aus dem Ausland, und die Universität unterhält eine breite Palette von Vereinbarungen (insgesamt 1 500) mit ausländischen Universitäten. In den Ranglisten der Universitäten schneidet die Babeş-Bolyai-Universität sehr gut – häufig als beste Universität des Landes – ab; in Bereichen wie Mathematik, Sozialwissenschaften und Psychologie sind die Leistungen besonders gut. Darüber hinaus sind öffentlich-private Partnerschaften wichtig, und die Zusammenarbeit zwischen Porsche und der Universität wird mit Stolz erwähnt.

In den vergangenen Jahrhunderten gehörte die Stadt vielen Reichen an und war auch die Hauptstadt Siebenbürgens. Sie wurde auch von Deutschen bzw. Sachsen stark beeinflusst, und in der Stadt gab es eine lebendige jüdische Gemeinde, die vom Holocaust stark getroffen wurde. Und auch Roma wohnen in der Stadt, allerdings ist ihre konkrete Zahl schwer einzuschätzen. Ungarn stellen etwa 15 % der Bevölkerung; ein stellvertretender Bürgermeister gehört einer ungarischen Partei an, und der derzeitige Bürgermeister ist Emil Boc, ein Politiker der Nationalliberalen Partei, der von 2008 bis 2012 Premierminister war.

Es gab Zeiten, in denen das Verhältnis zwischen den Sprachgruppen auch an der Universität angespannt war. Es kamen intensive Diskussionen darüber auf, wie die Universität verwaltet werden

sollte. In 16 Abteilungen der Universität werden ungarischsprachige Studiengänge angeboten, und es gibt auch deutschsprachige Studiengänge; allerdings gibt es Schwierigkeiten, für Letztere Personal einzustellen. Mir ist es nicht wirklich gelungen, einen Einblick in die derzeitige Situation zu erhalten. Das Programm und die Vorlesungen, die von mir gehalten wurden, wurden in der Fakultät für Geschichte und Philosophie von der Abteilung politische Wissenschaften und internationale Beziehungen veranstaltet. Darüber hinaus verfügt die Universität noch über weitere Einrichtungen, in denen Unionsrecht gelehrt wird, zumal Europastudien separat angeboten werden.

Ich hielt Vorlesungen über die derzeitige Krise der EU und über Themen der Migration, wobei ich meine Erfahrungen als Ministerin für Migration und europäische Angelegenheiten heranzog. Ich halte es für erwähnenswert, dass im Rahmen verschiedener EU-Ratsvorsitze und Programme für Justiz und Inneres, etwa des Stockholmer Programms, versucht wurde, eine umfassende Perspektive zum Thema Migration einzunehmen und den globalen Ansatz zu unterstützen, bei dem sowohl die Förderung der legalen Formen der Migration und der zirkulären Migration als auch die Bekämpfung der illegalen Migration ein Paket bildeten. Zudem wurden Anstrengungen zur Einrichtung von Migrationspartnerschaften unternommen, aber diese Partnerschaften wurden nicht gemeinsam mit wichtigen Herkunftsländern entwickelt.

Cluj-Napoca war 2015 die Jugendhauptstadt Europas, und die Hoffnungen waren groß, dass die Stadt im Jahr 2021 eine der Kulturhauptstädte werden könnte, jedoch sprach man sich in einer knappen Abstimmung dagegen aus. Ich hoffe weiterhin, dass die für dieses Projekt entwickelten neuen Ideen in der Stadt in der einen oder anderen Weise zur Geltung kommen werden.

Astrid Thors, MdEP, Finnland, ALDE, 1996–2004, Vorsitzende des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Rumänien 1999–2002, ehemalige Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten

BESUCH AN DER UNIVERSITÄT DE MONTFORT

Leicester ist eine 300 000 Einwohner zählende Marktstadt, die in den South Midlands in England liegt. Mit dem Schnellzug ist sie in einer Stunde von London aus zu erreichen, sie liegt jedoch deutlich näher an Birmingham. Hier befindet sich die Ruhestätte der geborgenen sterblichen Überreste von König Richard III.

In der Innenstadt gibt es zwei Universitäten. Die Universität De Montfort wurde nach Simon de Montfort, dem Grafen von Leicester, benannt. Es handelt sich dabei um eine öffentliche Universität, an der geforscht und gelehrt wird.

Erwähnenswert ist ferner die Tatsache, dass Leicester für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU gestimmt hat. So wurde dieses Thema während des Besuches wiederholt und insbesondere während der Fragerunden angesprochen.

Die Delegation der ehemaligen Mitglieder bestand aus: José Maria Gil-Roberts Gil-Delgado (EVP Spanien), ehemaliger Präsident des Parlaments und ehemaliger Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, Barbara Weller, ehemaliges Mitglied der SD für Deutschland und Gay Mitchell, ehemaliger Minister für europäische Angelegenheiten und Mitglied des Europäischen Parlaments für Irland.

Es wurden mehrere Lehrveranstaltungen besucht, wo für gewöhnlich Fragerunden abgehalten wurden. Ferner fand eine Sitzung mit 44 ortsansässigen Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren gemeinsam mit ihren Lehrern statt; dabei kam es zu lebendigen und anregenden Diskussionen.

Der Besuch wurde von Alasdair Blair, Professor für internationale Beziehungen und Leiter des Instituts für Politikwissenschaft und Public Policy, organisiert.

Es wurde über Referenden als Instrument öffentlicher Politik sowie über ihre Vor- und Nachteile diskutiert.

Ferner wurden die folgenden Fragen angesprochen:

- Wie gestalten sich die Reise-, Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen in der EU nach dem Brexit?
- Folgt auf den Brexit ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union, oder werden die Mitgliedstaaten durch ihn einander näher gebracht?
- Wäre es sinnvoll, ein zweigleisiges System für die Europäische Union einzuführen?
- Was sind – abgesehen vom Brexit – derzeit die größten Herausforderungen für die EU und ihre Institutionen?
- Wie kann die EU das Wirtschaftswachstum, den Lebensstandard und die Beschäftigung verbessern, um den Zuspruch der Bevölkerung sicherzustellen und zu verhindern, dass andere EU-Mitgliedstaaten dem Beispiel des Brexit folgen?
- Könnte die Einwanderungs- und Grenzkontrolle auf der Insel Irland ohne eine „Grenze“ funktionieren, und würden andere EU-Mitgliedstaaten, wie z. B. Spanien, ein unabhängiges Schottland als Mitglied der EU akzeptieren?

Die Studierenden der postgradualen Studiengänge „Diplomacy and World Order“ (Diplomatie und Weltordnung) und Politikwissenschaft interessierten sich für die folgenden Themen: Wettbewerbspolitik, das Vermitteln von Wissen über Europa, die Auswirkungen des Brexit auf die Stabilität in Europa, die Arbeit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und des Europäischen Auswärtigen Dienstes, die Zusammenarbeit der nationalen Botschafter mit denen der EU im Ausland und die Beziehung zwischen Botschaften und der EU. Außerdem wurden die unterschiedlichen Arten der Diplomatie (nationale und intranationale Diplomatie) angesprochen. Studierende des postgradualen Studiengangs Betriebswirtschaftslehre brachten die Themen Außenhandel und Unternehmensverlagerung zur Sprache.

Einige dieser Fragen wurden während der Gespräche mit den Studenten aufgeworfen; einige der interessantesten und lebendigsten Gespräche fanden jedoch am Mittwochabend statt, als die aus Studierenden und Universitätsbediensteten bestehende Runde um einige geladene Gäste aus der Öffentlichkeit ergänzt wurde.

Die meisten Teilnehmer äußerten Bedauern über die Entscheidung für den Brexit sowie die Hoffnung, dass schnellstmöglich – und sicherlich vor dem Ablauf der zweijährigen Verhandlungsphase, die im Anschluss an die Anwendung von Artikel 50 im kommenden März gewährt wird – eine Lösung gefunden werden könne.

Die dreiköpfige Delegation war sich in ihren Antworten auf die Fragen weitestgehend einig, auch wenn bei einigen Themen die Gewichtung unterschiedlich ausfiel.

Insgesamt hat die Delegation den Eindruck gewonnen, dass der Großteil der Teilnehmenden nicht über das Ergebnis des Brexit-Referendums erfreut ist und sich zumindest eine Fortsetzung der engen Beziehungen mit der EU sowie ein Ende der Ungewissheit wünscht. Außerdem wurde die künftige Beteiligung Großbritanniens und der britischen Studenten am Erasmusprogramm thematisiert.

Während der mit Wissenschaftlern geführten Gespräche beim Mittag- und Abendessen wurden ähnliche Bedenken geäußert.

Dieser Besuch war sehr sinnvoll, da er die Möglichkeit bot, die Menschen über die tatsächliche Arbeitsweise der EU – mit all ihren Mängeln und Nachteilen – zu informieren, und zu erfahren, was ihre durchaus berechtigten Fragen und Bedenken sind.

Gay Mitchell

ZU BESUCH AN DER UNIVERSITÄT GÖTTINGEN

Als mich das „Euroculture Centre“ der Universität Göttingen einlud, Seminare über die Situation nach dem britischen Referendum über den EU-Austritt zu halten, wurde ich auch gefragt, welchen Titel die Seminare haben sollten. Mein Vorschlag lautete: „Kann die EU den Brexit überleben?“ Dieser Titel sollte nicht nur ein Beispiel für hintergründigen britischen Humor sein, sondern war als eine Warnung gemeint, dass der Brexit nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die EU eine Frage von existentieller Bedeutung ist. Die Tatsache, dass sich das größte Land in Europa, dessen demokratisches System seit seinem Beginn dauerhaft Bestand hat, für einen Austritt entschieden hat, sollte die EU dazu veranlassen, radikal mit sich selbst ins Gericht zu gehen.

Fakt ist, dass 52 % der Personen, die an dem Referendum im Vereinigten Königreich teilgenommen haben, der Ansicht waren, dass eine Reform der EU nicht möglich ist und dass die Zukunft Großbritanniens außerhalb der EU liegt.

Es haben, wenn überhaupt, dann nur sehr wenige Befürworter eines Verbleibs in der EU dafür plädiert, die EU in ihrer jetzigen Form beizubehalten. Viele – so wie auch ich – haben sich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU und ihre Reformierung eingesetzt.

Das Versagen der EU, sich selbst zu reformieren, hat erheblich zu der gegenwärtigen Krise beigetragen.

Die Master-Studenten in den drei Seminaren, an denen ich teilnahm, zeigten sich angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU vor allem irritiert und betroffen. Es war nichts von der Verbitterung und den Rachedgedanken zu spüren, die verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf dem Kontinent zum Ausdruck brachten.

Am Morgen meines zweiten Tages in Göttingen wurde publik, dass Donald Trump die Präsidentschaftswahl in den USA gewonnen hat. Diese Nachricht wurde von den Studenten mit der gleichen Betroffenheit und der gleichen Irritation wie der Ausgang des Brexit-Referendums aufgenommen.

Die Selbstzufriedenheit der herrschenden Eliten hat sie für die wachsenden Ressentiments unter den zurückgebliebenen Gruppen der Bevölkerung blind gemacht, die Aufrufen zum Nationalismus mehr Vertrauen als Aufrufen zur internationalen Solidarität schenken.

Es ist ganz offensichtlich, dass den politischen Eliten der Boden unter den Füßen wegrutscht, die in ihrer Überheblichkeit der Meinung waren, ihr Handeln zugunsten von „Europa“ diene den Interessen der Menschen. Aber das Europa, für das die EU konzipiert wurde, gibt es so nicht mehr.

In Kontinental-Westeuropa hat man sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges auf den vereinfachten Slogan „National ist schlecht, europäisch ist gut“ geeinigt. Viel zu lange herrschte die Sichtweise vor, dass der Ausdruck nationaler Gefühle unvermeidbar anti-international und sogar gefährlich sei. Dadurch entstand ein Vakuum, das die extreme Rechte nutzte, um sich zum wahren Vertreter der Volksinteressen zu stilisieren.

Insbesondere Deutschland sieht sich gegenwärtig mit vielerlei Herausforderungen konfrontiert. Deutschland hat sich erfolgreich über Europa, sprich über die EU, rehabilitiert. Zugunsten des „Gemeinwohls“ hat es darauf verzichtet, nationale Interessen zu verfolgen.

Der Brexit wird mit Sicherheit dazu führen, dass sich Frankreich noch enger an Deutschland bindet.

Ein erheblicher Anteil der anfänglichen Impulse für die Schaffung der westeuropäischen Zusammenarbeit, die zur Unterzeichnung der Römischen Verträge geführt hat, stammte aus der französischen politischen Elite, die beschloss, französische Interessen im Rahmen eines gesamteuropäischen Projekts zu verfolgen. Das war damals eine sehr mutige Entscheidung, stellt aber heute keine Idee mehr dar, die eine Mehrheit der französischen Wähler teilen würde.

Eine erstarkende deutsch-französische Achse wird zwingenderweise zu wachsenden Ressentiments im Osten der EU führen, insbesondere unter den Visegrad-Staaten, die sich schon jetzt nicht angemessen eingebunden fühlen.

„Europa“ wird in weiten Kreisen als ein Problem für die Nationalstaaten und nicht als die Lösung ihrer nationalen Probleme angesehen – dies ist etwas, was sich dem Verständnis der Brüsseler Befürworter von „Mehr Europa“ entzieht.

Die jungen Studenten in Göttingen besitzen die Intelligenz, das Auffassungsvermögen und die Energie, um die Herausforderungen zu meistern, aber sie sind realistischer, ihre Internationalität ist echter und sie lassen sich in ihrem Denken nicht durch den Slogan „Europa an erster Stelle“ einschränken, zumindest nicht, wenn damit ein Europa „à la Berlaymont“ gemeint ist.

Michael Hindley, MdEP (Labour Party) 1984–1999

VORTRAGREISE NACH ESTLAND

Ich habe am 7. und 8. Dezember 2016 im Namen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments Vorträge an der Technischen Universität Tallinn gehalten. Damit bot sich mir eine willkommene Gelegenheit, Estland neu kennenzulernen. Ich hatte Estland zum ersten Mal

1991, unmittelbar nachdem es seine Unabhängigkeit erlangt hatte, als Mitglied der Sonderdelegation des EP für die baltischen Staaten besucht.

Es waren merkwürdige Zeiten damals. Das Parlamentsgebäude war weiterhin von Barrikaden umgeben, immer noch liefen russische Soldaten durch die Straßen und boten Teile ihrer Ausrüstung zum Kauf an, und weiterhin war der Rubel die geltende Währung. Die Infrastruktur im Land war rudimentär, insbesondere was die Telekommunikation anging. Schweden und Finnland unterstützten den Aufbau der jungen baltischen Staaten und lieferten Mobiltelefone vor allem nach Lettland und Estland, was eine große Hilfe für den Systemwechsel war.

In Estland wurde die neue Technologie mit Begeisterung aufgenommen. Heute gibt es dort den schnellsten Breitband-Internetzugang weltweit und in einem großen Teil des Landes ist kostenloses WLAN vorhanden. Regierung und Parlament arbeiten grundsätzlich digital. Im Gegensatz zu 1991 hatte ich diesmal den Eindruck, mich in einem sehr modernen und dynamischen Land zu befinden. Der öffentliche Nahverkehr in Tallinn ist für alle Einwohner kostenlos. Die neuen Straßenbahnen wurden in Spanien gekauft, ein Geschäft, mit dem die Spanier übrigens ihre CO₂-Emissionen teilweise kompensieren konnten. Preiswerte Vorschulbetreuung ist weit verbreitet und das Gesundheitssystem ist gut. Ich gewann den Eindruck, dass der Staat junge Familien unterstützt, um für eine gesunde Geburtenrate zu sorgen; allerdings sind die Renten niedrig. Es gibt Probleme mit der russischen Minderheit in Estland, insbesondere mit den älteren Menschen, die sich nicht hatten integrieren können oder wollen bzw. die nicht über die Fähigkeiten verfügen, die in einer modernen Wirtschaft gefordert werden.

Der Hauptgrund für meine Reise war mein Vortrag über den Brexit am 7. Dezember. Am folgenden Tag leitete ich zwei Schulungen zur EU im Allgemeinen und zur Sicherheitspolitik. Ich war davon ausgegangen, dass mein Publikum hauptsächlich aus estnischen Studierenden bestehen würde, doch ich wurde überrascht: Vor mir saßen Studierende vieler Nationalitäten, vor allem jedoch Finnen. Das Studium an einer Universität in Estland ist offensichtlich wesentlich preiswerter als in vielen anderen Ländern. Die Lehrveranstaltungen finden auf Englisch statt, so dass Studierende aus der ganzen Welt nach Estland kommen.

Mein Vortrag über den Brexit fand um 8.15 Uhr morgens statt – und trotzdem sprach ich zu über 100 Studierenden! Der Brexit ist ein schwieriges Thema für mich, denn mit dieser Entscheidung wurden meine Lebensträume und -hoffnungen zerstört. In meinem Vortrag wies ich auf Umfragen zu Werteeinstellungen hin, aus denen hervorging, dass es umso wahrscheinlicher ist, dass eine Person für den Brexit gestimmt hat, je mehr sie zu Werten, die wir „traditionell“ nennen können, neigt, also etwa an strenge Disziplin in der Schule glaubt und gegen Multikulturalismus, Feminismus und die Rechte von Homosexuellen eingestellt ist. Genauso verhielt es sich auch bei den Trump-Wählern in

den USA. Diese Gegenreaktion auf die moderne Welt ist wahrscheinlich die größte der Herausforderungen, vor denen wir alle stehen.

Ich stellte etliche Szenarien für die Zukunft des Vereinigten Königreichs dar, die alle komplex sind und von denen meiner Meinung nach kein einziges für das Vereinigte Königreich eine Verbesserung gegenüber der jetzigen Lage darstellt. Ich bin nicht davon überzeugt, dass die britische Regierung wirklich weiß, was sie tut oder was sie will.

Ich war überrascht, wie wichtig es den Studierenden war, dass ein Gleichgewicht gewahrt bleibt zwischen der Sicherstellung von demokratischer Legitimität und Rechenschaftspflicht in der EU einerseits und der Notwendigkeit wirksamer EU-Maßnahmen gegenüber den bestehenden Herausforderungen andererseits. Dieses Gleichgewicht muss geschaffen werden, damit die EU eine Zukunft hat.

Gary Titley

„DIE AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEMOKRATIE IN DER EU“

Wie es scheint, bekommt es die Europäische Union gerade mit einer Krise nach der anderen zu tun. Dazu gehört die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise mit dem darauffolgenden Ausbruch nationalistischer und radikaler Stimmungen in ganz Europa, der bevorstehende Brexit und auch die in Brand geratene Nachbarregion im Osten. Dies bedeutet, dass die EU vor interne und externe Herausforderungen gestellt ist, die, so scheint es, fast nicht zu bewältigen sind. Die EU muss häufig als Sündenbock für innenpolitische Defizite herhalten, sodass dabei ihre positiven Wirkungen für unsere Gesellschaft übersehen werden.

Die Herausforderungen, mit der die EU derzeit konfrontiert ist, sind größer und gravierender als jemals zuvor, weshalb alle zustimmen werden, dass es nicht einfach sein wird, sie zu meistern. Gleichmaßen werden mir alle beipflichten, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen müssen. Das Schlagwort „EU-Krise“ wird von Populisten gerne aufgegriffen, gedeutet, nach ihrem Gusto zurechtgestutzt und mit falschen Informationen und Versprechungen angereichert. Die Menschen in der EU scheinen die andere Seite der Medaille vergessen zu haben – das Positive an der EU für ihr Leben. Derzeit werden überall in der EU Forderungen der Bürger laut nach neuen Strukturen, weniger EU und mehr Nationalismus. Das Paradebeispiel ist die Volksabstimmung in Großbritannien über den Brexit, wo populistische Politiker und Medien Unwahrheiten verbreitet haben und wo die Bürger ihnen blind gefolgt sind. Die Folgen davon werden sich erst in der Zukunft offenbaren. Der

Populismus ist nicht nur eine Gefahr für Europa, sondern auch für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten.

Wenn man einen Blick zurück auf die Geschichte Europas wirft, wird nur allzu deutlich, dass Europa besser damit gedient ist, wenn alle zusammenarbeiten. Wir haben schlicht keine andere Wahl. Die EU ist seit fast 70 Jahren für ihre Bürger ein Garant für Frieden, Demokratie und Wohlstand. Wenn man die Ideen der Populisten näher betrachtet, die sich von einem vereinten Europa verabschieden oder es zumindest abschwächen wollen, so können wir erkennen, dass dies nicht die Lösung, sondern das Ende für unsere Gesellschaft, Werte und unser Wohlergehen, wie wir es heute kennen, bedeuten würde, da dies zu einer Schwächung eines jeden einzelnen Mitgliedstaats in der EU führen würde.

Die Spielregeln haben sich in unserer globalisierten Welt geändert und wir haben es mit einem schwierigen geopolitischen Umfeld zu tun, in dem wir uns bewegen. Eine verbesserte EU ist der einzige Weg, wie unsere Gesellschaften mit diesen Herausforderungen umgehen können, denn diese Herausforderungen sind zu groß, um von den Mitgliedstaaten alleine bewältigt werden zu können. Der Weg nach vorn sollte stets in Richtung mehr EU und mehr Integration statt weniger davon sein. „Einzelnen sind wir nur ein Tropfen. Vereint sind wir ein Ozean“, sagte einst Ryunosuke Satoro, und das gilt auch für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Nur mit vereinten Kräften sind wir stark.

Mehr Integration hat noch einen langen Weg vor sich, vor allem, was unsere Sicherheitsstrategie angeht. Bislang bewegt sich die EU auf dem internationalen Parkett ohne klar umrissene Verteidigungsstrategie. Dies ist nicht besonders schlau, wenn man sich die Gefahren anschaut, die uns drohen: die Migration, die Folgen der Globalisierung und der Terrorismus – Gefahren sowohl für die innere als auch die äußere Sicherheit. Die Bürger fühlen sich nicht mehr sicher. Nur als Gemeinschaft kann die EU diesen Herausforderungen entgegentreten. Andernfalls wird sie zerbrechen, und damit würden auch alle ihre Werte verschwinden.

Im Fahrplan von Bratislava sind die brennenden Fragen aufgeführt, mit denen wir uns beschäftigen müssen, sowie die Ziele, mit denen wir die Probleme bewältigen können, nämlich mittels einer stärkeren Kooperation im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit. Dies wäre ein Schritt in die richtige Richtung, damit Europa seine starke Stellung auf der internationalen Bühne beibehält.

Europa benötigt bessere Instrumente zur Lösung der genannten Probleme. Dies wird von jenen führenden Politikern blockiert, die sich gegen eine Schwächung ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten wehren. Dabei wird von ihnen aber übersehen, dass eine stärkere EU stets auch eine Stärkung der Mitgliedstaaten mit sich bringt. Betrachtet man die vor uns stehenden Herausforderungen, so muss man erkennen, dass uns dieses kurzsichtige Denken nicht weiter bringt.

Europa benötigt Transparenz. Die Regierungen sollten ihre Verantwortlichkeiten nicht verbergen. Daher sollte der Ministerrat seine Beschlüsse öffentlich fassen, sodass die Regierungen ihre Entscheidungen den eigenen Bürgern erklären müssen.

Sollte die EU mit ihren engagierten und gut informierten Bürgern, deren Vertrauen sie genießt, scheitern, wird jeder einzelne ihrer Mitgliedstaaten die Konsequenzen eines immer schwächeren Europas zu spüren bekommen. Wir müssen unsere europäischen Werte und Interessen gemeinsam verteidigen. „In Vielfalt geeint“ ist kein leeres Wort, sondern unsere Zukunft!

Elmar Brok, MdEP

FMA JÄHRLICHE SEMINAR: STUDENTEN VON ULG

Wie kann die auf den Gründungsprinzipien der EU fußende Demokratie geschützt und gefördert werden?

Wir stellen fest: die Demokratie ist in Gefahr.

In der Eröffnungsrede der Jahreskonferenz, die diesmal am 1. Dezember 2016 in Brüssel stattfand, hat Danuta Hübner, die Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, eine Bestandsaufnahme in Bezug auf den Zustand unserer Demokratie vorgenommen, die gelinde gesagt besorgniserregend, ausgefallen ist. Sie wies auf fünf Aspekte hin, die ihre These untermauern, und zwar die Rückkehr zu einer nationalen „Leadership“, den Brexit, die Defizite in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit sowie das Misstrauen gegenüber dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und gegenüber den Einwanderern. Die Gründe für diese Krisen, auf die die Rednerin hinweist, sind insbesondere die mangelnde Legitimität der Europäischen Union nach dem Empfinden der EU-Bürger und der Vertrauensverlust in die führenden Politiker.

Lösungsvorschläge

Wir schließen uns dieser Einschätzung an. Nicht ganz derselben Meinung sind wir hingegen bei den nötigen Gegenmaßnahmen, die zu ergreifen sind. Wir fragen uns, ob eine kurzfristige institutionelle Lösung nicht auch von Erfolg gekrönt sein könnte. Allerdings ist es unserer Ansicht nach notwendig, sich wieder auf das Individuum zu konzentrieren, um sein Vertrauen in das europäische Aufbauwerk wiederzugewinnen. Solch ein Ansatz erfordert sichtbare und konkrete Maßnahmen, die den Bürgern zugutekommen und die stärker als bisher auf einer sozialen, transparenten und schlüssigen Politik fußen, bei der nach Möglichkeit vermieden wird, dass sie miteinander konkurrieren müssen. Durch Öffentlichkeitsarbeit in großem Stil für die unterschiedlichen Projekte, die durchgeführt werden, könnte das Bild, das die Bürger von der EU

haben, bei einem möglichst großen Teil der Bevölkerung an den Rändern der Gesellschaft verbessert werden, was grundlegend für eine Stärkung der Legitimität der EU ist. Daher sind wir froh, dass wir uns an den Überlegungen zur Frage der Demokratie in der Europäischen Union beteiligen können. Bei dem Treffen wurden viele Fragen aufgeworfen, auf die in vielen Fällen auch eine Antwort gegeben werden konnte.

Gefahr im Verzug für die Europäische Union

Es ist nicht so sehr der Zustand der Demokratie in abstracto, den wir erörtert haben, sondern vielmehr die Themen, die inzwischen sogar die Grundfesten einer derzeit schlecht geführten Europäischen Union erschüttern. Denn derzeit fühlt sich ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung ausgegrenzt und bemängelt die Unwirksamkeit beschäftigungs- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie das moralische Verhalten einiger führender Politiker. Auch wenn diese Anliegen mitunter berechtigt sein mögen, sind wir dennoch davon überzeugt, dass die Lösung innerhalb der Europäischen Union zu suchen ist.

Wir hoffen, dass in Zukunft das Individuum wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt wird. Dadurch ließe sich das Vertrauen der EU-Bürger in ihre politischen Entscheidungsträger zurückgewinnen. Mit diesem zurückgewonnenen Vertrauen könnte dann eine neue Legitimität für das europäische Aufbauwerk geschaffen werden, die letztendlich eine Voraussetzung für dessen Gelingen ist. Damit dies gelingt, müssen „verantwortungsvolle Führungspersönlichkeiten“ gefunden werden, um einen Gedanken von Danuta Hübner und Franklin Dehousse aufzugreifen. Dies könnten Politikerinnen und Politiker sein, die sich dieser Problematik bewusst sind, die über den nötigen Willen sowie ausreichend Mittel und Zeit verfügen, die Bürger erneut für die europäische Idee zu begeistern, und denen es gelingt, das Ruder herumzuwerfen oder vielmehr weiterhin die Richtung anzusteuern, die Jean Monnet einst eingeschlagen hat, der auf Folgendes hingewiesen hat: „Wir vereinigen keine Staaten, sondern wir bringen Menschen zusammen“.

Lauraline Michel

Pierre Notermans

Mathilde Vandormael

WIE KÖNNEN WIR EUROPA RETTEN?

Vier große Krisen (Krise der demokratischen Legitimation, Wirtschaftskrise, Einwanderungskrise und Krise der inneren Sicherheit) haben das Vertrauen der europäischen Bevölkerung in die EU, das Vertrauen der Mitgliedstaaten untereinander und das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und den Organen der EU zutiefst erschüttert.

Die Angst hat Misstrauen geschürt und Europa zu einem Ort des Gezänks gemacht, in dem sich derjenige durchsetzt, der am lautesten schreit, während die Union aufgrund eines unlösbaren Gewirrs von Vorschriften, Verfahren und Bürokratie in ihrem Handeln wie gelähmt wirkt.

Was können wir tun, um die demokratische Entwicklung Europas zu retten? Oftmals heißt es, wir müssten auf die Vergangenheit zurückblicken und wieder zu unseren Grundsätzen zurückfinden.

Ein Pessimist könnte entgegnen, wir gingen wie selbstverständlich davon aus, dass wir gemeinsame Wurzeln hätten, nur weil wir auf demselben Kontinent lebten. Unsere Geschichte ist jedoch zum Großteil keine Geschichte der Gemeinschaft: In den 1 500 Jahren seit dem Niedergang Roms hat sich jedes Volk eine eigene Identität, eine eigene Sprache und eigene Bräuche geschaffen, und als sei das noch nicht genug, haben wir gegeneinander Krieg geführt und die Welt damit in den Abgrund des 20. Jahrhunderts gerissen.

Doch dieser Schrecken hat das Bewusstsein unserer Väter geweckt, und sie haben „Nie mehr!“ geschrien: nie mehr Krieg mit Brudermord, Schützengräben, Stacheldraht, nie mehr eiserne Vorhänge. Das war vor 80 Jahren – keine lange Zeit. Man muss nur die Augen schließen und in Gedanken über die Schlachtfelder streifen, auf denen Millionen junge Menschen ihr Leben gelassen haben, an die Gesetze denken, die die Menschen ihrer Freiheit beraubt haben, oder an die Gefängnisse, in die die Gründerväter Europas eingesperrt wurden. Daran müssen wir uns erinnern, weil genau dort unsere Wurzeln begraben liegen – und dort die Wiege der Europäischen Union ist.

Heute haben wir es mit den verächtlichen Worten derer zu tun, die sich gegen Europa stellen, den Zorn der Menschen instrumentalisieren und sie dazu bringen, sich für den Ausschluss, die Ablehnung zu entscheiden. Angesichts der Frustration der europäischen Bevölkerung und der Unzulänglichkeit der politischen Führer hören wir allerdings die Stimme des Organs nicht mehr, das mehr als alles andere das kollektive Bewusstsein wieder wecken, die verschlossenen Türen unserer Herzen wieder öffnen und dafür sorgen kann, dass wieder an den Aufbau Europas angeknüpft wird. Dieses Organ ist das Europäische Parlament, Gestaltwerdung der Souveränität des Volkes und Dreh- und Angelpunkt des demokratischen Prozesses der Union.

Wohin man auch blickt, es gibt überall etwas zu tun: die Stimmen des Nichteinverständnisses anzuhören, der politischen Botschaft wieder zu Spontanität und Klarheit zu verhelfen, gegen den allzu technischen Charakter der Verfahrensregeln vorzugehen, wieder in Dialog mit den jungen Leuten zu treten und dafür zu sorgen, dass sie sich ein Europa, das sie verraten hat, wieder zu eigen machen.

Europa ist Gemeinschaftssache, und jeder wird gebraucht. Glauben wir nicht, dass sich die Gründerväter nicht bewusst waren, wie schwer es ist, ihr Werk zu vollenden. Mit viel Geduld und Arbeit ist es ihnen dennoch gelungen, die Grundlagen für die härteste Herausforderung aller Zeiten zu legen: uns in unserer Vielfalt zu einen. Diese Worte sind zu unserem Leitspruch geworden.

Bei unserem Bündnis darf es nicht um die geografische Nähe gehen, und auch nicht um wirtschaftliche Interessen, denn – wie sich gezeigt hat – wenn die Wirtschaft zusammenbricht, reißt sie auch das Fundament mit sich, auf dem die Union errichtet ist. Stattdessen muss uns der gemeinsame und tief verwurzelte Wunsch einen, der untrennbar mit der Natur des Menschen verbunden ist, nämlich Grenzen niederzureißen und die ideologischen Barrieren und kulturellen Hindernisse zu beseitigen, die dem Streben des Menschen nach Freiheit im Weg stehen: nach persönlicher Freiheit, Freizügigkeit, freier Meinungsäußerung, unternehmerischer Freiheit usw. Und genau das macht es letztlich aus, dass wir uns trotz des Bewusstseins unserer unabdingbaren Vielfalt als Brüder anerkennen.

Luigi Bruno

BUCHREZENSION

Sie suchen einen europäischen Zeitzeugen? Zudem einen, der in unserer Zeit, die zunehmend von Unsicherheit und Krisen geprägt ist, seine wahre Lebensgeschichte schildert, klar, ehrlich und verständlich, und der uns unmissverständlich daran teilnehmen lässt, wie er selbst die jüngere Geschichte der Europäischen Union (EU) erlebt und begleitet hat? Dann lesen Sie die Autobiographie von Hans-Gert Pöttering.

Es ist eine Autobiographie, die es in sich hat. Sie spiegelt ein Politikerleben unserer Tage in unserem Europa, der Europäischen Union, wider, wie es seinesgleichen sucht. Immerhin 35 Jahre lang vertrauten dem Politiker Hans-Gert Pöttering seine Wähler zu Hause in Niedersachsen in Deutschland das Mandat im Europäischen Parlament an. Hans-Gert Pöttering, geboren 1945, war sich immer der Verantwortung bewusst - auch seiner Familie gegenüber - und nahm die Herausforderungen unbeirrt und hartnäckig an. Mit Leidenschaft, viel Beharrlichkeit und großer Überzeugung, dass eine starke und eine den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität

verschiedene Europäische Union die richtige Antwort für eine friedliche Zukunft unseres Kontinents ist, hat sich Hans-Gert Pöttering stets für den Dialog der Kulturen und Religionen eingesetzt.

Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Wiedervereinigung Deutschlands veränderten die europäische Politik tiefgreifend; eine neue Tür wurde aufgestoßen, durch die Hans-Gert Pöttering mutig und entschlossen ging. Von vielen europäischen Verträgen, die notwendig wurden, um die EU Schritt für Schritt weiter nach vorn zu bringen, und über viele Orte von großer Bedeutung können wir bemerkenswerte Details erfahren. Viele Menschen haben Hans-Gert Pöttering begleitet, zahlreiche sind erwähnt, aus dem engen und weiten Umfeld - das macht das Lesen zusätzlich zu einem besonderen Erlebnis. Alles ist Zeitgeschichte - vom Ende des 2. Weltkrieges, seinem Geburtsjahr, bis in die heutige Zeit. Das können wir in seiner Autobiographie, die in 2014 in der 1. und im Oktober diesen Jahres in der 2. überarbeiteten und ergänzten Auflage erschienen ist, nachlesen und nachempfinden. Aber auf den deutschsprachigen Leserkreis, bleibt sein detailreiches und persönliches Werk nicht beschränkt, denn es ist nunmehr in Englisch, Polnisch, Bulgarisch und Ungarisch erschienen; eine französische Übersetzung ist zurzeit in Arbeit. Nebenbei: In Brüssel wird am 4. Mai 2017 das „Haus der Europäischen Geschichte“ eröffnet, das Hans-Gert Pöttering am 13. Februar 2007 bei seiner Programmrede als Präsident des Europäischen Parlaments in Straßburg vorgeschlagen und initiiert hat. An diesem einzigartigen Ort wird europäische Geschichte erfahrbar. Die Autobiographie und das „Haus der Europäischen Geschichte“ werden sich wunderbar ergänzen.

Brigitte Langenhagen

IN MEMORIAM - ENRICO VINCI

Enrico Vinci, im Dienste Europas.

Enrico Vinci war ein überzeugter Verfechter Europas, ein vorbildlicher Beamter und ein durch und durch ehrbarer Sizilianer. Schon als junger Mann begann er, sich für die europäische Sache einzusetzen, als er als Assistent von Gateano di Martino die Konferenz von Messina miterlebte, die in einer Zeit der Depression und der Krise in den Römischen Vertrag mündete. Er widmete seine gesamte berufliche Laufbahn dem Europäischen Parlament, zunächst als Beamter, dann als Generalsekretär. In dieser Funktion führte er das Parlament durch die wichtigen Jahre vom Mauerfall bis zur Gründung der Europäischen Union mit dem Vertrag von Maastricht.

Gemeinsam waren wir Zeugen dieser unaufhaltsamen Entwicklung, die im Juli 1989, als ich zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt wurde, mit dem ersten Riss im Eisernen Vorhang an der ungarisch-österreichischen Grenze begann und mit dem Rat von Maastricht im Dezember 1991 zum Ende kam. Enrico Vinci war ein loyaler, effizienter und couragierter Mitarbeiter, der ohne zu zögern die wichtigen Initiativen unterstützte und bereicherte, durch die das Europäische Parlament diesen historischen Umbruch mit eigenen Ideen und Initiativen begleitete. Dazu gehörten der gemeinsame Auftritt von Mitterrand und Kohl zwei Wochen nach dem Mauerfall, der Sonderausschuss für die deutsche Wiedervereinigung, die Interinstitutionelle Vorbereitungskonferenz, dank der wir bei der Regierungskonferenz die Auswahlliste vorlegen konnten (Unionsbürgerschaft, legislative Mitentscheidung, Recht auf Mitbestimmung bei der Ernennung des Präsidenten der Kommission, europäische Parteien), sowie die Ausrichtung der ersten Konferenz des Europäischen Parlaments und der einzelstaatlichen Parlamente, deren gemeinsame Schlussfolgerung großen Einfluss auf die Ausarbeitung des Vertrags hatte.

Neben der großen Politik, bei der seine Arbeit und sein Rat von unschätzbarem Wert waren, war er auch maßgeblich an der Anpassung des Parlaments an die neuen Gegebenheiten beteiligt. Als eindrucksvolles Beispiel ist die erfolgreiche Bewältigung der schwierigen Herausforderungen mit Blick auf die Gebäudepolitik zu nennen, sodass wir nun über einen für Plenartagungen geeigneten Gebäudekomplex in Brüssel verfügen und außerdem den Komplex in Straßburg erweitern konnten. Dank diesem mit Weitsicht, Transparenz und Haushaltsdisziplin umgesetzten Maßnahmenbündel ist das Europäische Parlament mit seinen 751 Mitgliedern aus 28 Mitgliedstaaten in der Lage, seine Aufgaben reibungslos wahrzunehmen.

Möge er in Frieden ruhen.

Enrique Barón Crespo

IN MEMORIAM - ROLF LINKOHR

Abschied von einem Mann der unzähligen Verdienste

Das neue Jahr brachte eine traurige Nachricht: Rolf Linkohr, ein Mann der ersten Stunde des 1979 erstmals direkt gewählten Europäischen Parlaments, ist am 5. Januar 2017 im Alter von 75 Jahren von uns gegangen. Der begnadete Naturwissenschaftler aus dem süddeutschen Stuttgart war länder- und fraktionsübergreifend beliebt und geschätzt. Er wird auch über die Fraktion der Sozialdemokraten (heute S&D-Fraktion) hinaus vielen unvergesslich bleiben, nicht nur als Experte

mit gewaltigem Fachwissen, sondern als liebenswerter Kollege und Mitstreiter. Danke, Rolf, auch dafür!

Er studierte in Stuttgart, München und Aberdeen als Stipendiat der European Molecular Biology Organization und promovierte über die Kinetik von Ionenaustauschern. Nach einschlägiger Berufstätigkeit wandte er sich im Europäischen Parlament der internationalen Dimension seiner Themen zu mit dem Schwerpunkt Lateinamerika. Neben der fachspezifischen Ausschussarbeit und seinen Aufgaben als Vorsitzender des Europäisch-Lateinamerikanischen Instituts (IRELA) sowie weiteren Aktivitäten gründete er noch STOA (Scientific and Technological Options Assessment), der er viele Jahre vorstand. Für seine unzähligen Verdienste wurde er als Offizier der Ehrenlegion und mit dem Orden „Al Merito de Chile: Gran Cruz“ geehrt. Nach Mandatsende betätigte er sich u.a. noch als Sonderberater des Kommissars für Energie.

Karin Junker

IN MEMORIAM - MÁRIO SOARES

Mário Soares: Der unverbesserliche Optimist

Erst im Herbst 1985 lernte ich Mário Soares, für den ich große Bewunderung hege, in Ponta Delgada an der Universität der Azoren kennen; er begann damals seinen Vorwahlkampf für die Präsidentschaftswahl, und in den Umfragen lag er bei acht Prozent der Stimmen. Als er die Insel ein paar Tage später verließ, hatte ich keinen Zweifel daran, dass er die Wahlen gewinnen würde.

Ich würde ihn bis zum Wahlkampf für die Europawahlen im Jahr 1999 nicht wiedersehen. Schließlich sollte ich in den fünf Jahren, in denen wir im Europäischen Parlament Kollegen waren, die Gelegenheit bekommen, ihn im Alltag kennenzulernen. Nie habe ich jemanden mit solchem Charisma und einem so ansteckenden Sinn für Humor und Enthusiasmus kennengelernt.

Vor allem behalte ich ihn als eine Persönlichkeit in Erinnerung, die auf intellektuellem Niveau seinesgleichen sucht. Gleich einer Enzyklopädie war er imstande, nahezu jedes Thema aus den Geisteswissenschaften, der Literatur, der Gesellschaft oder der Politik, das ich anschnitt, zu erörtern. Ich denke, ich habe in der europäischen Politik niemanden kennengelernt, dessen geistige Größe mit jener von Mário Soares vergleichbar wäre, und das ist vielleicht jenes Merkmal seiner Persönlichkeit, das am wenigsten bekannt ist.

Insbesondere erinnere ich mich an ein Gespräch, das wir über Teófilo Braga und Antero de Quental führten – zwei illustre, von den Azoren stammende Persönlichkeiten, die kulturell und politisch zwar gänzlich unterschiedlich waren, beide jedoch die Linke ihrer Zeit entscheidend prägten.

Mário Soares hatte ein politisches Charisma, einen Mut, eine Direktheit und eine Kultiviertheit, die einzigartig waren. Für ihn waren Europa und die Demokratie zwei Seiten einer Medaille; der Fortschritt des Landes, seine beispiellose Hingabe für die Freiheit, das Verständnis, dass alles möglich ist – all das war tief in seiner politischen Vision verwurzelt.

Er war eine prägende Persönlichkeit des europäischen Aufbauwerks, und gerade heute braucht Europa dringend Menschen seiner Größe, mit seiner Vision und seinem Optimismus.

Paulo Casaca